SCH 95/I
SWG I 003

BPh **SCHENGEN** DE

Arbeitsgruppe I
"Polizei und Sicherheit"

Brüssel, den 14 Juni 1995
SCH/I (94) 17, 9. Rev.
CORRIGENDUM

NOTIZ DER ARBEITSGRUPPE I "POLIZEI UND SICHERHEIT"

Leitfaden zur grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit

Am 14. Juni 1985 schlossen Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande in dem luxemburgischen Ort Schengen ein Übereinkommen betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Übereinkommen von 1985).

Das Schengener Durchführungsübereinkommen vom 19. Juni 1990 verwirklicht das 1985 gesetzte Ziel und sieht den vollständigen, rechtlich verbindlichen Abbau der Personenkontrollen an den gemeinsamen Grenzen der Vertragsparteien vor. Dies sind bislang außer Frankreich, Belgien, den Niederlande, Luxemburg und Deutschland auch Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und Österreich, die dem Schengener Durchführungsübereinkommen beigetreten sind. Der Beitritt zum Schengener Durchführungsübereinkommen ist allen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft möglich.

Sicherheitsdefizite, die durch den Kontrollverzicht entstehen könnten, sollen nach dem Übereinkommen durch eine Reihe von Ausgleichsmaßnahmen verhindert werden. Zu den wichtigsten Ausgleichsmaßnahmen gehört eine intensivierte polizeiliche Zusammenarbeit. Diese sieht im einzelnen vor:

1. Gegenseitige Unterstützung zur vorbeugenden Bekämpfung und Aufklärung strafbarer Handlungen(Art. 39 Abs. 1 - 3 SDÜ)
2. Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit in den Grenzgebieten aufgrund von bilateralen Vereinbarungen (Art. 39 Abs. 4 SDÜ)
3. Grenzüberschreitende Observation (Art. 40 SDÜ)
4. Nacheile (Art. 41 SDÜ)
5. Mitteilung von Informationen im Einzelfall zur Bekämpfung zukünftiger Straftaten, zur Verhütung einer Straftat oder zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Art. 46 SDÜ)
6. Austausch von Informationen zur wirksamen Durchführung der Kontroll- und Überwachungsaufgaben an den Außengrenzen (Art. 7 SDÜ)
7. Entsendung von Verbindungsbeamten (Art. 47 SDÜ)
8. Einrichtung und Unterhaltung eines gemeinsamen Informationssystems (Art 92 ff. SDÜ)

Total
13 pages + 6 enclosures
If interested in the whole text, order it in here in Bonn.

01-OKT-1997 00:54 M.SUCH MDB BONN +49 228 1686804 S.01

im Rahmen dieser polizeilichen Zusammenarbeit sind die nachfolgenden Hinweise zu beachten, die lediglich als Leitlinien - und nicht als Vorschriften - zu betrachten sind.

1. **Ersuchen um Hilfeleistung (Art. 39 Abs. 1 - 3 SDÜ)**

Artikel 39 ist einer der grundlegenden Artikel für die polizeiliche Zusammenarbeit im Schengener Rahmen, da er den Grundsatz der gegenseitigen Hilfeleistung für die Polizeidienste im Interesse der vorbeugenden Bekämpfung und der Aufklärung von strafbaren Handlungen vorsieht. Für die Erledigung der Ersuchen um Hilfeleistung gelten die nachstehenden Voraussetzungen:

- Sie muß nach dem nationalen Recht zulässig sein.
- Sie muß im Rahmen der Zuständigkeit der jeweiligen Polizeidienste erfolgen.
- Insbesondere darf es sich nicht um ein Ersuchen im Zuständigkeitsbereich der Justizbehörden handeln.
- Es dürfen keine Zwangsmaßnahmen zur Erledigung des Ersuchens erforderlich sein.
- Schriftliche Informationen können nur nach Zustimmung der zuständigen ausländischen Justizbehörden als Beweismittel benutzt werden.
- Außer in Dringlichkeitsfällen sind die Ersuchen über die zentralen Stellen zu übermitteln.

Ersuchen um Hilfeleistung zur vorbeugenden Bekämpfung und Aufklärung von strafbaren Handlungen werden grundsätzlich von den mit der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit beauftragten zentralen Stellen (Anlage 1) bearbeitet bzw. übermittelt.

Bei in Eilfällen zulässigen Ersuchen unmittelbar an die zuständigen Polizeibehörden der Vertragspartei sind die zentralen Stellen der betroffenen Vertragsstaaten schnellstmöglich zu unterrichten. Ein Ersuchen wird als Eilfall betrachtet, wenn aufgrund der längeren Zeit der Übermittlung an die örtlichen Behörden - durch die Einschaltung der zentralen Stelle - die Gefahr besteht, daß der Einsatz zur Bekämpfung bzw. Aufklärung scheitern könnte.

2. **Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit in den Grenzgebieten aufgrund von bilateralen Vereinbarungen (Art. 39 Abs. 4 SDÜ)**

Gemäß Art. 39 Abs. 4 SDÜ kann die Zusammenarbeit in den Grenzgebieten in Vereinbarungen zwischen den zuständigen Ministern der Vertragsparteien geregelt werden. Entsprechende Vereinbarungen sind in Vorbereitung.

3. **Grenzüberschreitende Observation (Art. 40 SDÜ)**

Nach Artikel 40 sind die Polizeibeamten im Rahmen ihrer materiellen Zuständigkeit und unter genau festgelegten Voraussetzungen befugt, eine in ihrem Staat eingeleitete Observation in einem anderen Staat fortzusetzen. Zu diesem Zweck muß der ersuchende Staat zunächst ein Rechtshilfeersuchen stellen. In besonders dringlichen Fällen kann das Ersuchen sofort nach dem Grenzübertritt nachgereicht werden.

a) Voraussetzungen für die grenzüberschreitende Observation

- Es läuft ein Ermittlungsverfahren.
- Die zu observierende Person steht in dem Verdacht, an einer auslieferungsfähigen Straftat beteiligt zu sein.
- Der ersuchte Staat hat der Observation (ggf. unter Auflagen) zugestimmt hat.

./.

b) Ausschließliche Voraussetzungen für die grenzüberschreitende Observation in Dringlichkeitsfällen

- Es liegt eine besondere Dringlichkeit vor. Dies ist der Fall, wenn der Sachverhalt, der eine grenzüberschreitende Observation erforderlich macht, erst so spät bekannt wird, daß die Observation bei unverzüglicher Übermittlung eines Rechtshilfeersuchens nicht mehr durchgeführt werden könnte.
- Die zu observierende Person steht in dem Verdacht, eine der nachstehenden Straftaten begangen zu haben:

  - Mord
  - Totschlag
  - Vergewaltigung
  - Vorsätzliche Brandstiftung
  - Falschmünzerei
  - Schwerer Diebstahl, Hehlerei und Raub
  - Erpressung
  - Entführung und Geiselnahme
  - Menschenhandel
  - Unerlaubter Verkehr mit Betäubungsmitteln
  - Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften über Waffen und Sprengstoffe
  - Unerlaubter Verkehr mit giftigen und schädlichen Abfällen
  - Herbeiführen einer Explosion

- Der Grenzübertritt ist der zentralen Behörde des ersuchten Staates unverzüglich mitzuteilen.
- Es wird unverzüglich ein Rechtshilfeersuchen nachgereicht.
- Die Observation ist einzustellen
  - auf Verlangen des ersuchten Staates oder
  - wenn dessen Zustimmung nicht innerhalb von fünf Stunden nach dem Grenzübertritt vorliegt.

c) Vorschriften für die Durchführung der Observation

- Die Beamten haben die nationalen Rechtsvorschriften des Staates, in dem sie einschreiten, einzuhalten und die Anordnungen der örtlich zuständigen Behörden zu befolgen.
- Die Beamten müssen nachweisen können, daß sie Amtsträger sind, und (mit Ausnahme von Dringlichkeitsfällen) die Genehmigung der Observation mit sich führen.
- Die Beamten dürfen grundsätzlich ihre Dienstwaffe mit sich führen; der Gebrauch ist außer bei Notwehr unter Einhaltung der Rechtsvorschriften des ersuchten Staates unzulässig.
- Das Betreten von Wohnungen und öffentlich nicht zugänglichen Grundstücken ist nicht zulässig.
- Die Beamten sind nicht befugt, die zu observierende Person festzunehmen oder festzuhalten.
- Über jede Observation wird den Behörden des ersuchten Staates Bericht erstattet; dabei kann das persönliche Erscheinen der observierenden Beamten gefordert werden.
- Die Behörden des ersuchten Staates können von den observierenden Beamten Unterstützung bei den nachträglichen Ermittlungen einschließlich gerichtlicher Verfahren und ihr persönliches Erscheinen verlangen.
- Die observierenden Beamten haben Anordnungen der örtlich zuständigen Behörden des Nachbarlandes zu befolgen. Örtlich zuständig sind die Behörden, in deren Bezirk die Observation stattfindet. Welche Behörden dies im einzelnen Fall sind, ist in der Regel vor Beginn der grenzüberschreitenden Observation zu klären. In Eilfällen sollte beim Grenzübertritt - wie im Fall der Nacheile (Nr. 4) - Kontakt mit der ersten erreichbaren Polizeidienststelle des Gebietsstaates aufgenommen werden.

./.

Grundsätzlich muß ein Rechtshilfeersuchen die in Anlage 2 enthaltenen Angaben enthalten.

Die in Anlage 3 genannten Stellen sind für die Übermittlung der Rechtshilfeersuchen zuständig.

Die Begriffe "Dienstwaffe", "Notwehr" und "Wohnung" werden nachstehend unter Punkt 4 (2.Teil) definiert.

4. Nacheile (Art. 41 SDÜ)

Das Nacheilerecht (Artikel 41) verleiht den Beamten, die in ihrem Land eine Person verfolgen, die Möglichkeit, die Verfolgung auf dem Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei, mit der ihr Land eine gemeinsame Grenze hat, fortzusetzen. Diese Möglichkeit, bei der keine vorhergehende Zustimmung erforderlich ist, darf nur unter Einhaltung strikter Voraussetzungen und präziser Vorschriften wahrgenommen werden. Einige dieser Voraussetzungen und Vorschriften wurden von den Staaten jeweils in einer einseitigen Erklärung betreffend die auslieferungsfähigen Straftaten, das Festhalterecht und die mögliche zeitliche und räumliche Begrenzung der Nacheile festgelegt.

a) Voraussetzungen für die Ausübung des Nacheilerechts

- Die Nacheile ist zulässig, wenn die verfolgte Person aus der Haft geflohen ist oder auf frischer Tat bei der Begehung oder der Teilnahme an einer der nachstehenden Straftaten betroffen wurde:
  - Mord
  - Totschlag
  - Vergewaltigung
  - Vorsätzliche Brandstiftung
  - Falschmünzerei
  - Schwerer Diebstahl, Hehlerei und Raub
  - Erpressung
  - Entführung und Geiselnahme
  - Menschenhandel
  - Unerlaubter Verkehr mit Betäubungsmitteln
  - Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften über Waffen und Sprengstoffe
  - Vernichtung durch Sprengstoffe
  - Unerlaubter Verkehr mit giftigen und schädlichen Abfällen
  - Unerlaubtes Entfernen nach einem Unfall mit schwerer Körperverletzung oder Todesfolge

  oder[1]

  - auslieferungsfähige Straftaten.

- Die Nacheile setzt ferner voraus, daß die ersuchten Behörden wegen besonderer Dringlichkeit nicht zuvor unterrichtet werden konnten.

  oder

  - die Behörden sind zwar unterrichtet worden, konnten aber nicht rechtzeitig selbst die Verfolgung übernehmen.
  - Spätestens beim Grenzübertritt nehmen die nacheilenden Beamten Kontakt mit der zuständigen Behörde des ersuchten Staates auf.
  - Die Nacheile wird auf das erste Ersuchen hin eingestellt.

[1] Diese Option wird durch die von jeder Vertragspartei abgegebene Nacheileerklärung ausgeübt.

b) Vorschriften für die Durchführung der Nacheile

Abgesehen von den Vorschriften für die Durchführung der Observation und den allgemeinen Vorschriften für die Anwendung der Begriffe "Dienstwaffe", "Notwehr" und "Wohnung", die auch uneingeschränkt für die Nacheile gelten, finden gleichzeitig die folgenden Vorschriften Anwendung.

Die erste Polizeidienststelle des Staates, auf dessen Hoheitsgebietes die Nacheile stattfindet bzw. die in Anlage 4 genannten Polizeidienste (Verbindungsstellen) sind spätestens bei Grenzübertritt zu benachrichtigen.

Nach erfolgter Nacheile ist den Behörden des Nachbarlandes Bericht zu erstatten.

Im übrigen gelten für die Durchführung der Nacheile folgende Regelungen:

- Die Beamten sind an das nationale Recht des Staates, in dem sie einschreiten, gebunden und haben die Anordnungen der örtlich zuständigen Behörden zu befolgen.
- Die Verfolgung ist auf Verlangen einzustellen.
- Die Nacheile findet lediglich über die Landgrenzen statt.
- Die Beamten haben die Dienstmarke mit sich zu führen und müssen als Beamte erkennbar sein (Uniform, Armbinde, Zusatzeinrichtungen an Fahrzeugen usw.).
- Die Beamten dürfen grundsätzlich ihre Dienstwaffe mit sich führen; der Gebrauch ist nur im Falle der Notwehr gestattet.
- Das Betreten von Wohnungen und öffentlich nicht zugänglichen Grundstücken ist nicht zulässig.
- Die Beamten melden sich nach jedem Einschreiten ungeachtet des Ausgangs desselben bei den örtlich zuständigen Behörden; auf Ersuchen dieser Behörden haben sie sich bereitzuhalten und bei den nachträglichen Ermittlungen einschließlich gerichtlicher Verfahren Ihre Unterstützung zu gewähren.
- Im Falle der Festnahme ist die festgenommene Person, sofern sie nicht die Staatsangehörigkeit des Staates hat, in dem sie aufgegriffen wurde, spätestens nach sechs Stunden freizulassen, wenn kein Ersuchen um vorläufige Festnahme zum Zwecke der Auslieferung vorliegt (die Stunden zwischen Mitternacht und neun Uhr zählen nicht.)
- Im Hinblick auf Ihre Vorführung vor die örtlichen Behörden ergriffene Personen dürfen lediglich einer Sicherheitsdurchsuchung unterzogen werden. Es dürfen Handschellen angelegt und mitgeführte Gegenstände sichergestellt werden.

In einzelnen Vertragsstaaten ist die Nacheile zeitlich oder räumlich begrenzt. Außerdem ist den Beamten nur in einzelnen Staaten ein Festhalterecht eingeräumt. Im einzelnen gelten die folgenden Regelungen:

(1) im Königreich Belgien:

In bezug auf die gemeinsame Grenze mit der Französischen Republik:

- die nacheilenden Beamten haben kein Festhalterecht (Art. 41 Abs. 2 Buchstabe a);
- die Nacheile unterliegt weder einer räumlichen noch einer zeitlichen Begrenzung (Art. 41 Abs. 3 Buchstabe b);
- die Nacheile beschränkt sich auf Personen, die aus der Haft geflohen sind und solche, die auf frischer Tat bei der Begehung einer Straftat nach Art. 41 Abs. 4 Buchstabe a betroffen werden;

In bezug auf die gemeinsame Grenze mit der Bundesrepublik Deutschland:

- den nacheilenden Beamten wird während der ersten 30 Minuten nach dem Grenzübertritt ein Festhalterecht nach Maßgabe des Art. 41 Abs. 2 Buchstabe b, Abs. 5 und Abs. 6 eingeräumt;
- die Nacheile unterliegt weder einer räumlichen noch einer zeitlichen Begrenzung (Art. 41 Abs. 3 Buchstabe b);
- die Nacheile beschränkt sich auf Personen, die aus der Haft geflohen sind und solche, die auf frischer Tat bei der Begehung einer auslieferungsfähigen Straftat nach Art. 41 Abs. 4 Buchstabe b betroffen werden.

In bezug auf die gemeinsame Grenze mit dem Großherzogtum Luxemburg und dem Königreich der Niederlande:

- die zuständigen Beamten üben hinsichtlich der Ausübung das Festhalterechts auf der öffentlichen Straße und auf öffentlichen Grundstücken, dessen räumlicher Begrenzung und der nachelielfähigen Straftaten die Nacheile nach Maßgabe des Art. 27 des Benelux-Übereinkommens über die Auslieferung und Rechtshilfe in Strafsachen vom 27. Juni 1962 in der Fassung des Protokolls vom 11. Mai 1974 aus:

  * Die Nacheile ist weder zeitlich noch räumlich beschränkt.
  * Die nacheilenden Beamten haben das Festhalterecht innerhalb eines Gebietes von 10 km entlang der Grenze.
  * Die Nacheile ist zulässig bei allen auslieferungsfähigen Straftaten (Höchststrafe: mindestens 6 Jahre).

(2) in der Bundesrepublik Deutschland:

In bezug auf die gemeinsame Grenze mit dem Königreich Belgien, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg und dem Königreich der Niederlande:

- die nacheilenden Beamten üben das Recht der Nacheile ohne räumliche oder zeitliche Begrenzung (Art. 41 Abs. 3 Buchstabe b), für alle auslieferungsfähigen Straftaten (Art. 41 Abs. 4 Buchstabe b) und unter Einräumung des Festhalterechts (Art. 41 Abs. 2 Buchstabe b) aus;

(3) in der Griechischen Republik:

entfällt;

(4) im Königreich Spanien:

in bezug auf die gemeinsame Grenze mit der Französischen Republik:

- Die nacheilenden Beamten dürfen die verfolgte Person nicht festhalten.
- Die nacheilenden Beamten dürfen die Person bis 10 km jenseits der Grenze im Hoheitsgebiet Spaniens verfolgen.
- Die Nacheile beschränkt sich auf Personen, die eine Straftat nach Art. 41 Abs. 4 Buchstabe a des Durchführungsübereinkommens begangen haben.

in bezug auf die gemeinsame Grenze mit der Portugiesischen Republik :

- Die nacheilenden Beamten dürfen die verfolgte Person nicht festhalten.
- Die nacheilenden Beamten dürfen die Person bis 50 km jenseits der spanischen Grenze im Hoheitsgebiet Spaniens verfolgen bzw. das Nacheilerecht beschränkt sich auf einen Zeitraum von höchstens zwei Stunden.
- Die Nacheile beschränkt sich auf Personen, die eine Straftat nach Art. 41 Abs. 4 Buchstabe a des Durchführungsübereinkommens begangen haben.

./.

M.SUCH MDB BONN 01-OKT-1997 00:56 +49 228

(5) in der Französischen Republik:

in bezug auf die gemeinsame Grenze mit dem Königreich Belgien und der Bundesrepublik Deutschland : ...

- die nacheilenden Beamten haben kein Festhalterecht (Art. 41 Abs. 2 Buchstabe a);
- die Nacheile unterliegt weder einer räumlichen noch einer zeitlichen Begrenzung (Art. 41 Abs. 3 Buchstabe b);
- die Nacheile ist zulässig infolge der Begehung einer Straftat nach Art. 41 Abs. 4 Buchstabe a;

in bezug auf die gemeinsame Grenze mit dem Königreich Spanien, dem Großherzogtum Luxemburg und Italien:

- die nacheilenden Beamten haben kein Festhalterecht (Art. 41 Abs. 2 Buchstabe a);
- die Nacheile erfolgt in einem Gebiet von 10 km nach der Grenze (Art. 41 Abs. 3 Buchstabe a);
- die Nacheile ist zulässig infolge der Begehung einer Straftat nach Art. 41 Abs. 4 Buchstabe a;

(6) in der Italienischen Republik:

in bezug auf die gemeinsame Grenze mit der Französischen Republik:

- Die nacheilenden Beamten haben kein Festhalterecht;
- Die Nacheile kann in einem Umkreis von 10 km durchgeführt werden (Art. 41 Abs.3 Buchstabe b);
- Die Nacheile ist zulässig, wenn eine der in Art. 41 Abs. 1 Buchstabe a genannten Straftaten begangen wurde.

(7) im Großherzogtum Luxemburg:

in bezug auf die gemeinsame Grenze mit dem Königreich Belgien:

- die nacheilenden Beamten üben die Nacheile nach Maßgabe des Art. 27 des Benelux-Übereinkommens über die Auslieferung und Rechtshilfe in Strafsachen vom 27. Juni 1962 in der Fassung des Protokolls vom 11. Mai 1974 aus;

  * Die Nacheile ist weder zeitlich noch räumlich beschränkt.
  * Die nacheilenden Beamten haben das Festhalterecht innerhalb eines Gebietes von 10 km entlang der Grenze.
  * Die Nacheile ist zulässig bei allen auslieferungsfähigen Straftaten (Höchststrafe: mindestens 6 Jahre).

in bezug auf die gemeinsame Grenze mit der Bundesrepublik Deutschland:

- den nacheilenden Beamten wird ein Festhalterecht nach Maßgabe des Art. 41 Abs. 2 Buchstabe b Abs. 5 und Abs. 6 eingeräumt;
- die Nacheile erfolgt innerhalb eines Gebietes von 10 km entlang der Grenze; die Nacheile beschränkt sich auf Personen, die aus der Haft geflohen sind und solche, die auf frischer Tat bei der Begehung einer Straftat nach Art. 41 Abs. 4 Buchstabe a betroffen werden:

./.

in bezug auf die gemeinsame Grenze mit der Französischen Republik:

- die nacheilenden Beamten haben kein Festhalterecht;
- die Nacheile erfolgt innerhalb eines Gebietes von 10 km entlang der Grenze ;
- die Nacheile beschränkt sich auf Personen, die aus der Haft geflohen sind und solche, die auf frischer Tat bei der Begehung einer Straftat nach Art. 41 Abs. 4 Buchstabe a betroffen werden;

(8) <u>Im Königreich der Niederlande:</u>

in bezug auf die gemeinsame Grenze mit dem Königreich Belgien:

- die nacheilenden Beamten üben die Nacheile hinsichtlich der Ausübung des Festhalterechtes dessen räumliche Begrenzung und der nacheilefähigen Straftaten nach Maßgabe des Art. 27 des Benelux-Übereinkommens über Auslieferung und Rechtshilfe in Strafsachen vom 27. Juni 1962 in der Fassung des Protokolls vom 11. Mai 1974 aus;

* Die Nacheile ist weder zeitlich noch räumlich beschränkt.
* Die nacheilenden Beamten haben das Festhalterecht innerhalb eines Gebietes von 10 km entlang der Grenze.
* Die Nacheile ist zulässig bei allen auslieferungsfähigen Straftaten (Höchststrafe: mindestens 6 Jahre).

in bezug auf die gemeinsame Grenze mit der Bundesrepublik Deutschland:

- die nacheilenden Beamten üben die Nacheile innerhalb eines Gebiets von 10 km aus;
- innerhalb dieses Gebietes ist das Festhalten auf der öffentlichen Straße und auf öffentlichen Grundstücken zulässig, soweit der Verfolgte in Verdacht steht, eine auslieferungsfähige Straftat nach Art. 2 Abs. 1 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. September 1957 begangen zu haben oder wegen einer solchen verurteilt wurde;
- dies läßt die Möglichkeit unberührt, gemäß zusätzlichen Regelungen nach Art. 41 Abs. 10 das Gebiet, innerhalb dessen die Nacheile zulässig ist, aufgrund der örtlichen Gegebenheiten anders zu bestimmen;

(9) <u>In der Portugiesischen Republik:</u>

in bezug auf die gemeinsame Grenze mit dem Königreich Spanien

- Die nacheilenden Beamten haben kein Festhalterecht.
- Die Nacheile erfolgt innerhalb eines Gebiets von 50 km jenseits der Grenze (oder zwei Stunden lang).
- Die Nacheile ist zulässig für Straftaten nach Artikel 41 Absatz 4 Buchstabe a.

4 (2. Teil) Gemeinsame Begriffe im Bereich der Observation und Nacheile

Dienstwaffen sind

Im Königreich Belgien :

Dienstwaffen sind eine Faustwaffe, ein Schlagstock und ein Tränengas-Spray.

./.

in der Bundesrepublik Deutschland:

Die polizeitypischen Waffen, die den Beamten von ihrem Dienstherren zur Verfügung gestellt worden sind. In allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland zugelassen sind Schlagstock, Pistole, Revolver, Gewehr und Maschinenpistole.

in der Griechischen Republik:

Die Dienstwaffe ist die Waffe, die der zuständigen Dienststelle des Staates gehört und die diese ihren Beamten zur Ausübung ihrer Tätigkeit zur Verfügung stellt.

Im Königreich Spanien:

Die Dienstwaffe ist eine tragbare Feuerwaffe mit kurzem oder langem Lauf und von beliebigem Kaliber und Modell, die die Bediensteten der für die Sicherheit des Staates zuständigen Dienste nach den geltenden Rechtsvorschriften im Dienst zu tragen haben und die über die Plakette mit dem Wappen der entsprechenden Polizeibehörde, das Beschußzeichen, eine Numerierung oder eine andere Kenn-zeichnung verfügt, die sie als Waffe für den Dienstgebrauch ausweist.
Im Rahmen der Erlaubnis, bei Einsätzen von Sicherheitskräften der Schengener Staaten bei der grenzüberschreitenden Nacheile oder Observation auf dem spanischen Hoheitsgebiet bestimmte Waffen zu tragen, gilt in Spanien der Grundsatz der Gegenseitigkeit.

in der Französischen Republik:

Folgende Waffen sind für den persönlichen Gebrauch der französischen Polizeibeamten bestimmt:

- Handfeuerwaffe
- Tränengasbombe
- Schlagstock
- Handschellen.

Die Beamten der übrigen Vertragsparteien dürfen bei einem Observationseinsatz nur die Waffen der obengenannten Kategorien mit sich führen.

In der Italienischen Republik:

Die Dienstwaffe ist die für die gesamte Dauer des Dienstes zugewiesene persön-liche Feuerwaffe, die eine halbautomatische Pistole ist. Im Sinne dieses Überein-kommens sind auch Handschellen als zugewiesene persönliche Dienstwaffe zu be-trachten. Darüber hinaus sind abhängig vom geleisteten Einsatz folgende Waffen als Dienstwaffen zu betrachten: Schlagstöcke, blanke Waffen, Brandsätze, Tränengas, Gewehre oder Karabiner, Pistolen oder Maschinengewehre, Revolver.
Demzufolge umfaßt die Ausrüstung der italienischen Polizeikräfte bei der Durch-führung der normalen Aufgaben eine halbautomatische Pistole und Handschellen.

Im Großherzogtum Luxemburg:

Hieb- und Stichwaffen oder Feuerwaffen, die entweder von Einzelpersonen oder Personengruppen getragen werden und die die Beamten der Gendarmerie und der Polizei vorschriftsgemäß erhalten.

./.

Im Königreich der Niederlande:

Die Polizeibeamten verfügen im Dienst über einen kurzen Schlagstock und eine halbautomatische Pistole. Die für die Durchführung der Observation zuständigen Polizeibeamten haben die gleiche Bewaffnung. Auch für die Polizeibeamten der anderen Schengen-Staaten gelten in den Niederlanden lediglich der Schlagstock und der Revolver bzw. die halbautomatische Pistole als Dienstwaffen im Sinne des Durchführungsübereinkommens.

In der Portugiesischen Republik:

Die Dienstwaffe ist die Waffe, die das Mindestmaß an Sicherheitsvoraussetzungen für die Verteidigung der observierenden Beamten erfüllt (Pistolen bis zu einem Kaliber von 9 mm sowie Revolver beliebigen Kalibers mit einem Lauf von nicht mehr als 10 cm bzw. 4 Zoll).

Notwehr hat folgende Bedeutung:

Zum Begriff "Notwehr" gibt es in allen Schengen-Staaten eine umfangreiche Rechtsprechung mit zahlreichen Nuancen. Dies gilt insbesondere für die Anwendung des Begriffs "Notwehr", wenn es darum geht, den Gebrauch von Dienstwaffen im Rahmen der Vorschriften des Durchführungsübereinkommens zu gestatten. In jedem Fall müssen zumindest die drei nachstehenden Voraussetzungen erfüllt sein:

- Vorliegen eines gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriffs auf Leib und Leben, Sittlichkeit oder Eigentum des Beamten oder eines anderen; unter rechtswidrig oder unrechtmäßig wird dabei ein Angriff verstanden, der ein Recht des Angegriffenen oder eines Dritten verletzt und der rechtlich weder vorgeschrieben noch zulässig ist.
- Die Verhältnismäßigkeit oder die Notwendigkeit der zur Vermeidung oder Abwehr des Angriffs eingesetzten Mittel.
- Die Gefahrensituation darf vom Verteidiger nicht gewollt oder bis zu einem gewissen Grade provoziert worden sein, und die Reaktion desselben darf nicht vermeidbar sein.

Wohnung bedeutet

Im Königreich Belgien:

Die Unverletzbarkeit des Hausrechts ist in Artikel 10 des Grundgesetzes festgeschrieben. Die Verletzung dieses Rechts ist durch Artikel 148 des Strafgesetzbuches unter Strafe gestellt. Dieser Begriff wurde gesetzlich nicht definiert, aber ist als "Wohnung" und generell als "der Öffentlichkeit nicht zugänglicher Bereich" zu verstehen.

In der Bundesrepublik Deutschland:

Der Begriff "Wohnung" ist im Zusammenhang mit dem Begriff "öffentlich nicht zugängliche Grundstücke" nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zu interpretieren. Danach ist in Deutschland das Betreten aller Räumlichkeiten, deren Hauptzweck darin besteht, Menschen zur Unterkunft zu dienen, aller Geschäftsräume und des befriedeten Besitztums gegen den Willen des Berechtigten unzulässig.

./.

01-OKT-1997 00:58 M.SUCH MDB BONN +49 228

In der Griechischen Republik:

Die Wohnung ist der hauptsächliche und ständige Wohnsitz einer Person. Folgende Kriterien dienen zur Bestimmung des Begriffes "Wohnung":

1) Die Wohnung ist nicht öffentlich zugänglich.
2) die Tatsache, daß die Wohnung einer natürlichen Person als ständiger Wohnsitz an einem bestimmten Ort dient.

Im Königreich Spanien:

Die "Wohnung" ist jeder befriedete, für die Öffentlichkeit nicht zugängliche Raum, der dem Bewohner dazu dient, einer menschlichen Tätigkeit nachzugehen.

In der Französischen Republik:

Jeder Ort einschließlich der Nebengebäude, an dem eine natürliche oder juristische Person ständig oder vorübergehend wohnt.

In der Italienischen Republik:

Nach dem italienischen Recht und der italienischen Gerichtsbarkeit umfaßt die Unverletzbarkeit des Hausrechts die Wohnung sowie jeden anderen Ort privaten Aufenthalts, sogar für den provisorischen Aufenthalt bestimmt wie Wohnwagen, Zelte, Hotelzimmer, Schiffskabinen, Schlafwagenabteile in Zügen. Der Begriff "Wohnung" umfaßt auch Orte, an denen eine Person, mit Ausnahme von Drittpersonen, Arbeiten verrichtet, wie auch jedes Privatbüro und andere Orte, die nicht öffentlich zugänglich sind, wenn dort gearbeitet wird. Die Gerichtsbarkeit über industrielle Niederlassungen ist zur Zeit nicht eindeutig.

Im Großherzogtum Luxemburg:

Im Rahmen grenzüberschreitender Einsätze ist der Begriff der "Wohnung" als jeder öffentlich nicht zugängliche Bereich (Gebäude bzw. Nebengebäude) auszulegen.

Im Königreich der Niederlande:

Im Rahmen grenzüberschreitender Einsätze ist der Begriff der "Wohnung" als jeder öffentlicht nicht zugängliche Bereich (Gebäude oder Nebengebäude) auszulegen.

In der Portugiesischen Republik:

Nach dem Strafprozeß-, Straf- und Verfassungsrecht ist die Wohnung der private Wohnbereich - dies muß nicht unbedingt ein Gebäude sein - in dem eine Person sich regelmäßig oder zufällig aufhält, um dort allein oder mit anderen zu leben.

Dazu gehören weder beruflich genutzte Räume noch der Sitz von Kollektiveinrichtungen wohl aber Zelte, Wohnwagen sowie Hotel- und Pensionszimmer.

./.

5. Mitteilung von Informationen im Einzelfall (Art. 46 SDÜ)

Die ohne Ersuchen im Einzelfall erfolgende Mitteilung von Informationen, die für einen Staat bei der Bekämpfung zukünftiger Straftaten, zur Verhütung einer Straftat oder zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung von Bedeutung sein können, wird über die für den Informationsaustausch benannten zentralen Stellen (Anlage 1) des eigenen und des betreffenden Staates vorgenommen.

Erfolgt in besonders eilbedürftigen Fällen der Informationsaustausch unmittelbar zwischen den betroffenen Polizeibehörden, so ist die zentrale Stelle des eigenen Landes hiervon sobald wie möglich in Kenntnis zu setzen.

6. Austausch von Informationen zur wirksamen Durchführung der Kontroll- und Überwachungsaufgaben an den Außengrenzen (Art. 7 SDÜ)

Zur wirksamen Durchführung der Kontroll- und Überwachungsaufgaben an den Außengrenzen unterstützen die Vertragsparteien einander und pflegen eine enge und ständige Zusammenarbeit gemäß Art. 7 SDÜ. Sie tauschen insbesondere grundsätzlich alle wichtigen einschlägigen Informationen - etwa über Wanderungsbewegungen - mit Ausnahme personenbezogener Daten aus, die den Vertragsparteien die Anpassung der Kontrollen an den Außengrenzen gestatten. Der Informationsaustausch erfolgt über die in Anlage 5 aufgeführten Stellen.

7. Verbindungsbeamte (Art. 7, 47 und 125 SDÜ)

Zur Förderung und Beschleunigung der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien können Verbindungsbeamte zu Polizeidienststellen eines Staates entsandt werden.

Verbindungsbeamte können in folgenden Fällen ausgetauscht werden:

- im Rahmen der Überwachung der Außengrenzen mit dem Ziel, den Informationsaustausch zu ermöglichen, die Harmonisierung der Kontrollen voranzutreiben und die Organisation der gemeinsamen Aus- und Fortbildung mitzugestalten (Art. 7),
- im Rahmen einer allgemeinen beratenden und unterstützenden Tätigkeit zur Förderung der polizeilichen Zusammenarbeit in allen Bereichen (Art. 47).
- im Rahmen der Zusammenarbeit der Zollverwaltungen (Art. 125).

Dieser Austausch erfolgt in Form bilateraler Vereinbarungen und dient der Erleichterung des Informationsaustausches und der Erledigung polizeilicher und gerichtlicher Rechtshilfeersuchen.

Die Vertragsparteien müssen sich über die Entsendung von Verbindungsbeamten in Drittstaaten gegenseitig unterrichten. Sie können vereinbaren, daß ein Verbindungsbeamter nicht nur die Interessen seines eigenen Staates, sondern ebenfalls die Interessen einer anderen oder mehrerer anderer Vertragsparteien vertritt.

Die Verbindungsbeamten werden im Rahmen der auf europäischer Ebene bestehenden Übereinkommen und Rechtsakte über die internationale polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit - Europäische Union, Europarat und bilaterale Verträge - unterstützend tätig.

8. Errichtung und Unterhaltung eines gemeinsamen Informationssystems (Art. 92 ff.)

I. Das Schengener Informationssystem (SIS) ist ein gemeinsames elektronisches Fahndungssystem für

- Personen,
- Sachen,
  - Kraftfahrzeuge,
  - Waffen,
  - Banknoten und
  - Dokumente.

Es bietet die Möglichkeit, auf elektronischem Wege die wichtigsten Informationen über ausgeschriebene Personen und Sachen (z.B. Ausschreibungsgrund und erbetene Massnahmen) auszutauschen.

Das SIS besteht aus

- dem Zentralen Informationssystem (C.SIS) mit Sitz in Straßburg und
- den Nationalen Schengener Informationssystemen (N.SIS) der Vertragsstaaten, die mit dem C.SIS kommunizieren und den jeweiligen nationalen Behörden die Informationen zur Abfrage zur Verfügung stellen.

II. Zum Austausch von Zusatzinformationen gibt es in jedem Vertragsstaat ein SIRENE (Supplementary Information Request at the National Entry) - Büro (Anlage 6).

Die SIRENE-Büros sind Mittler für den über die N.SIS - C.SIS-Kommunikation hinausgehenden Informationsbedarf der Polizeien in allen mit dem SIS zusammenhängenden Fragen. Den Schwerpunkt bilden dabei Fahndungsausschreibungen zu Personen. Hierzu werden Telefone, Faxgeräte und ein elektronisches Nachrichtensystem eingesetzt.

Dieses System ermöglicht den SIRENE-Büros, Informationen auszutauschen, um sicherzustellen, daß der Ausschreibungsgrund und das verlangte Handeln auch von dem jeweiligen nationalen Recht getragen werden, was aus den kurzen Informationen des SIS selbst nicht hervorgeht, oder eine eindeutige Identifizierung durch Zusatzinformationen im Trefferfall zu ermöglichen.

M.SUCH MDB BONN
01-OKT-1997 00:59

Zentrale Stellen im Sinne von Art. 39 Abs. 1 - 3 SDÜ

für das Königreich Belgien:

Allgemeiner polizeilicher Unterstützungsdienst - Internationale Polizeizusammenarbeit
Unterstützung der Europäischen Zusammenarbeit (SGAP/CPI/SCE)
13, Rue Quatre Bras
1000 Brüssel
Tel.: (32) 2 511.88.30 - 508.71.85
Fax: (32) 2 508.71.87

für die Bundesrepublik Deutschland:

Bundeskriminalamt (Interpol Wiesbaden)
Thaerstraße 11
65193 Wiesbaden
Tel.: 0049/611/55-1
Telefax: 0049/611/55-2141

für die Griechische Republik:

Ministerium für Öffentliche Ordnung
Direktion für Internationale Polizeizusammenarbeit
Rue Kanellopoulou 4
10177 Athen
Tel. (30) 1 69.27.261/(30) 1 69.29.809
Fax: (30) 1 69.24.006

für das Königreich Spanien:

Dirección General de la Policia
Subdirección General Operativa
Oficina SIRENE
Paseo de la Castellana número 64
28062 Madrid
Tel.: (34) 1 537 23 18
Fax: (34) 1 537 23 24

für die Französische Republik:

Direction centrale de la police judiciaire
DRI / Coopération policière SCHENGEN
101, rue des Trois Fontanot
92000 Nanterre
Tel.: (33) 1 40 97 88 11
Fax: (33) 1 40 97 88 11 / (33) 1 40 97 88 01

./.

für die Italienische Republik:

Ministero dell'Interno
Direzione Centrale della Polizia Criminale
- Divisione SIRENE -
00100 Roma
Tel.: (00.39) 6.46676980
Fax: (00.39) 6.486759

für das Großherzogtum Luxemburg:

S.T.T.I. (Service de Traitement et de Transmission des Informations)
3-5 Rue Marie et Pierre Curie
Postfach 1202
L-1012 Luxemburg
Tel.: (352) 4997 - 8300
Telefax: (352) 48 80 25

für das Königreich der Niederlande:

Landelijk Officier van Justitie voor grenzoverschrijdende observatie
Centrale Recherche Informatiedienst
Landelijk Coordinatiepunt Grensoverschrijdende Observatie
Europaweg 45
NL-2711 Zoetermeer
Tel.: (31) 79 - 45.92.24/45.9216/45.92.36
Fax: (31) 79 - 45.87.50

für die Portugiesische Republik:

Generaldirektion der Kriminalpolizei
Verbindungsbüro Schengen - Nationales Büro Interpol
Avenida José Malhoa, Lote 2680
P - 1000 Lissabon
Tel.: (351) 1/726.03.82
Fax: (351) 1/726.03.85 - 726.53.82

./.

Angaben eines Rechtshilfeersuchens zur Vorbereitung einer grenzüberschreitenden Observation

1. Ersuchender Staat

2. Ersuchende Behörde

   Gericht/Staatsanwaltschaft
   Bearbeiter
   Ort
   Straße
   Telefon
   Fax

3. Dienststelle, die die Observation durchführt

   Polizeidienststelle
   Ort
   Straße
   Telefon
   Fax

4. Einsatzleiter

   Nummer des Personenstandsregisters
   Telefon (Durchwahl)
   Fax (evtl. eigener Anschluß)

./.

5. Zu observierende Person(en)

a) Tatverdächtige(r)
Name, Vorname ggf. Lichtbild
Geschlecht
Geburtsdatum, Geburtsort
Staatsangehörigkeit
Wohnort/Aufenthaltsort
Besondere Kennzeichen
.....

Angaben zur Gefährlichkeit
.....
.....

b) weitere von der Observation betroffene Personen
Name, Vorname
Geschlecht
Geburtsdatum, Geburtsort
Staatsangehörigkeit
Wohnort/Aufenthaltsort
Besondere Kennzeichen

ggf. Lichtbild

.....
.....

Angaben zur Gefährlichkeit
.....
.....

6. Sachverhalt
.....
.....
.....

./.

7. Rechtliche Würdigung gem. Art. 40 Abs. 7 SDÜ

Aufzählung aus Art. 40 Abs. 7

Mord
Totschlag
Vergewaltigung
Vorsätzliche Brandstiftung
Falschmünzerei
Schwerer Diebstahl, Hehlerei und Raub
Erpressung
Entführung und Geiselnahme
Menschenhandel
Unerlaubter Verkehr mit Betäubungsmitteln
Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften über Waffen und Sprengstoffe
Vernichtung durch Sprengstoffe
Unerlaubter Verkehr mit giftigen und schädlichen Abfällen
sonstige auslieferungsfähige Straftat:
.....

8. Zweck der Observation
.....
.....

9. Voraussichtlicher Ort des Grenzübertritts (Landgrenze, Flug- oder Seehafen)
.....
.....

ggf. Angaben zu Flug oder Fahrt
.....
.....

10. Voraussichtlicher Zeitpunkt des Grenzübertritts

Datum, Uhrzeit
.....

11. Weitere Observationsorte
.....
.....
.....

./.

01-OKT-1997 01:01 M.SUCH MDB BONN +49 228 1000...

12. Voraussichtliche Dauer der Observation

.....

13. Zahl der einzusetzenden Beamten

.....

14. Zahl und Kennzeichen der einzusetzenden Kraftfahrzeuge

.....

15. Angaben zu Kommunikationsmitteln

.....

16. Erbetene Unterstützungshandlungen

.....

17. Mitgeführte Waffen

.....

./.

Für die Übermittlung von Rechtshilfeersuchen zur Vorbereitung einer grenzüberschreitenden Observation zuständige Stellen

für das Königreich Belgien:

Allgemeiner polizeilicher Unterstützungsdienst - Internationale Polizeizusammenarbeit
Unterstützung der Europäischen Zusammenarbeit (SGAP/CPI/SCE)
13, Rue Quatre Bras
1000 Brüssel
Tel.: (32) 2 511.88.30 - 508.71.85
Fax: (32) 2 508.71.87

für die Bundesrepublik Deutschland:

Bundeskriminalamt
Thaerstraße 11
65173 Wiesbaden
Tel.: 0049/611/55-3101
Telefax: 0049/611/55-2141

für die Griechische Republik:

Ministerium für Öffentliche Ordnung
Direktion für Internationale Polizeizusammenarbeit
Rue Kanellopoulou 4
10177 Athen
Tel. (30) 1 69.27.281/(30) 1 69.29.809
Fax: (30) 1 69.24.006

für das Königreich Spanien:

Dirección General de la Policia
Subdireción General Operativa
Oficina SIRENE
Paseo de la Castellana número 64
28062 Madrid
Tel.: (34) 1 537 23 18
Fax: (34) 1 537 23 24

./.

für die Französische Republik:

Direction centrale de la police judiciaire
DRI / Coopération policière SCHENGEN
101, rue des Trois Fontanot
92000 Nanterre
Tel.: (33) 1 40 97 88 11
Fax: (33) 1 40 97 88 11 / (33) 1 40 97 88 01

für die Italienische Republik:

Ministero dell'Interno
Direzione Centrale della Polizia Criminale
- Divisione SIRENE -
00100 Roma
Tel.: (00.39) 6.46676980
Fax: (00.39) 6.486759

für das Großherzogtum Luxemburg:

S.T.T.I. (Service de Traitement et de Transmission des Informations)
3-5 Rue Marie et Pierre Curie
Postfach 1202
L-1012 Luxemburg
Tel.: (352) 4987 - 8300
Telefax: (352) 48 80 25

für das Königreich der Niederlande:

Landelijk Officier van Justitie voor grenzoverschrijdende observatie
Centrale Recherche Informatiedienst
Landelijk Coordinatiepunt Grensoverschrijdende Observatie
Europaweg 45
NL-2711 Zoetermeer
Tel.: (31) 79 - 45.92.24/45.9216/45.92.36
Fax: (31) 79 - 45.87.50

für die Portugiesische Republik:

Generaldirektion der Kriminalpolizei
Verbindungsbüro Schengen - Nationales Büro Interpol
Avenida José Malhoa, Lote 2680
P - 1000 Lissabon
Tel.: (351) 1/726.03.82
Fax: (351) 1/726.03.85 - 726.53.82

./.

Beim Grenzübertritt im Rahmen der Nacheile zu benachrichtigende Stellen (Verbindungsstellen) des Gebietsstaats:

Im Königreich Belgien:

Antwerpen	:	Korte Vilerstraat, 6-8 Tel : (32) 3/224 12 11 Fax : (32) 3/226 47 72
Arlon	:	Rue de Neufchâteau, 132 Tel : (32) 63/22 42 11 Fax : (32) 63/21 43 94
Courtrai	:	Graaf Boudewijn I laan, 1 Tel : (32) 56/21 32 23 Fax : (32) 56/22 20 17
Dinant	:	Quai J.B. Carlot, 24 Tel : (32) 82/22 52 91 Fax : (32) 82/22 45 51
Eupen	:	Rue de Herbesta, 12 Tel : (32) 87/55 37 47 Fax : (32) 87/55 64 79
Gent	:	Savaanstraat, 76 Tel : (32) 9/223 99 23 Fax : (32) 9/223 71 97
Maaseik	:	Maastrichtersteenweg, 21 Tel : (32) 89/56 49 11 Fax : (32) 89/56 38 30
Mons	:	Rue du Rossignol, 1 Tel : (32) 65/37 62 77 Fax : (32) 65/33 52 62
Ostende	:	E. Beernaertstraat, 90 Tel : (32) 59/50 88 70 Fax : (32) 59/51 01 34
Tongeren	:	Maastrichtersteenweg, 99 Tel : (32) 12/23 29 81 Fax : (32) 12/23 63 21
Turnhout	:	Noord-Brabantlaan, 70 Tel : (32) 14/41 69 96 Fax : (32) 14/42 89 49

./.

In der Bundesrepublik Deutschland[2] :

a) in Niedersachsen:

Polizeiinspektion Emsland
Brockhauser Weg 21
49809 Lingen
Tel.: (0049) 591 / 87 - 1
Fax: (0049) 591 / 87 - 250

b) in Nordrhein-Westfalen:

Oberkreisdirektor Borken
- Polizeistation und Kriminalkommissariat -
Burloer Straße 91
46325 Borken
Tel.: (0049) 2861 / 801 - 0 o. 370
Fax: (0049) 2861 / 801 - 209

Oberkreisdirektor Kleve
Kanalstraße 7
47533 Kleve
Tel.: (0049) 2821 / 504 - 0 o. 223
Fax: (0049) 504 - 264

Oberkreisdirektor Viersen
Lindenstraße 50
41747 Viersen
Tel.: (0049) 2162 / 377 - 0 o. 160
Fax: (0049) 2162 / 377 - 170

[2] Vorbehaltlich bilateraler Vereinbarungen gemäß Art. 39 Abs. 4, die unter Beteiligung der betroffenen Bundesländer in Vorbereitung sind.

./.

Oberkreisdirektor Heinsberg
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg
Tel.: (0049) 2452 / 13 - 0
Fax: (0049) 2452 / 13 - 501

Polizeipräsident Aachen
Hubert-Wienen-Straße 25
52070 Aachen
Tel.: (0049) 241 / 189 - 1 o. 2555
Fax: (0049) 241 / 189 - 2353

c) in Rheinland-Pfalz:

Polizeipräsidium Trier
Südallee 3
54290 Trier
Tel.: (0049) 651 / 713 - 1
Fax: (0049) 651 / 713 - 376

Polizeipräsidium Rheinpfalz
Wittelsbachstraße 3
67061 Ludwigshafen
Tel.: (0049) 621 / 5613 - 0
Fax: (0049) 612 / 5613 - 444

Polizeipräsidium Westpfalz
Logenstraße 5
67655 Kaiserslautern
Tel.: (0049) 369 - 0
Fax: (0049) 369 - 1290

d) im Saarland:

Polizeidirektion West
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Tel.: (0049) 68 31 / 9 01 - 0

./.

Polizeidirektion Mitte
Mainzer Straße 136
66121 Saarbrücken
Tel.: (0049) 681 / 9 62 - 0

Polizeidirektion Ost
Falkenstraße 11
66538 Neunkirchen
Tel.: (0049) 68 21 / 2 03 - 0

e) in Baden-Württemberg

Landespolizeidirektion Karlsruhe
Durlacher Allee 31 -33
76131 Karlsruhe
Tel.: (0049) 721 / 666 - 0

Landespolizeidirektion Freiburg
Bissierstraße 1
79114 Freiburg
Tel.: (0049) 761 / 882 - 1

In der Griechischen Republik: Gegenstandslos

./.

Im Königreich Spanien:

BASKENLAND:
Comisaria Provincial de San Sebastian
c/ Jose Maria Salaverria s/n
Tel.: (34) 43/24 22 22
Fax: (34) 43/45 78 55

NAVARRA:
Jefatura Superior de Policía de Pamplona
c/ General Chinchilla n° 3
Tel.: (34) 48/22 40 03-08 ext. 232
Fax: (34) 48/22 33 26

ARAGON:
Comisaria Provincial de Huesca
c/ Ricardo Arco n° 7
Tel.: (34) 74/24 54 00
Fax: (34) 74/24 33 20

KATALONIEN:
.Lerida
Comisaria Provincial de Lerida
c/ Paseo de la Ronda n° 54
Tel.: (34) 73/26 47 99
Fax: (34) 73/27 06 34

.Gerona
Comisaria Provincial de Gerona
c/ Sant Pau n° 2
Tel.: (34) 72/22 00 25
Fax: (34) 72/20 11 49

GALIZIEN

*Comisaría Provincial de Pontevedra:
c/ Joaquín Costa, 17
Tel: (34) 86 85 38 00
Fax: (34) 86 86 51 66

*Comisaría Provincial de Orense:
c/ Polígono de las Lagunas
Tel: (34) 88 24 13 13
Fax: (34) 88 22 10 52

./.

CASTILLA Y LEON

*Comisaría Provincial de Zamora:
c/ San Atileno, 3
Tel: (34) 80 53 04 62
Fax: (34) 80 51 78 83

*Comisaría Provincial de Salamanca:
c/ Ronda Sancti Spiritu, 8/12
Tel: (34) 23 26 53 11
Fax: (34) 23 21 60 07

ESTREMADURA

*Comisaría Provincial de Cáceres:
c/ Diogo Mª Crehuet, 6
Tel: (34) 27 21 72 00
Fax: (34) 27 22 75 08

*Comisaría Provincial de Badajoz:
Avda. del Cuerpo Nacional de Policía, s/n
Tel: (34) 24 23 02 53
Fax: (34) 24 23 24 95

ANDALUSIEN

*Comisaría Provincial de Huelva:
Avda. de Italia, s/n
Tel: (34) 59 24 84 22
Fax: (34) 59 24 49 42

./.

In der Französischen Republik:

NATIONALE POLIZEI

BINNENGRENZEN	DEPARTEMENT	ZENTRAL-KOMMISSARIAT	TELEFON	FAX
Belgien	02 AISNE	LAON	23.79.23.82	23.79.07.55
Belgien	08 ARDENNES	CHARLEVILLE MEZIERES	24.33.34.56	24.59.19.14
Belgien	55 MEUSE	BAR LE DUC	29.79.00.17	29.77.11.33
Belgien	59 NORD	LILLE	20.30.55.06	20.54.83.07
Belgien-Luxemburg	54 MEURTHE ET MOSELLE	NANCY	83.17.27.37	83.37.93.42
Luxemburg-Deutschland	57 MOSELLE	METZ	87.37.91.11	87.30.43.04
Deutschland	67 BAS RHIN	STRASBOURG	88.32.99.08	88.23.28.21
Deutschland	68 HAUT RHIN	MULHOUSE	89.60.82.00	89.42.65.66
Spanien	09 ARIEGE	FOIX	61.65.52.55	61.65.33.67
Spanien	31 HAUTE GARONNE	TOULOUSE	61.12.77.77	61.12.77.43
Spanien	64 PYRENEES ATLANTIQUES	PAU	59.98.22.22	59.27.70.78
Spanien	65 HAUTES PYRENEES	TARBES	62.44.31.31	62.44.11.46
Spanien	66 PYRENEES ORIENTALES	PERPIGNAN	68.35.70.00	68.35.31.59

./.

NATIONALE GENDARMERIE

INNENGRENZEN	BETREFFENDES DEPARTEMENT	BETREFFENDE GENDARMERIE-EINHEIT[3]	ANSCHRIFT DER EINHEIT	Tel.-Nr. der EZG[4]	Fax
SPANIEN	PYRENEES ORIENTALES	PERPGNAN	25, av Guynemer 66940 PERPIGNAN Cédex	68.66.44.00	68.50.43.60
	ABRIEGE	FOIX	2, Allée de Villote - BP 80 09008 FOIX Cédex	61.02.17.00	61.02.17.99
	HAUTE-GARONNE	TOULOUSE-SAINT MICHEL	12, Place Lafourcade 31055 TOULOUSE Cédex	61.17.50.50	61.55.43.85
	HAUTE-PYRENEES	TARBES	27, rue Massey - BP 1449 65014 TARBES Cédex	62.44.55.00	62.44.55.20
	PYRENEES ATLANTIQUES	PAU	4, Cours Bérard 64079 PAY Cédex	59.82.40.30	59.02.92.81
DEUTSCHLAND	HAUT-RHIN	COLMAR	56, rue de la Cavalerie - BP 529 68021 COLMAR Cédex	89.41.42.00	89.21.50.32
	BAS-RHIN	STRASBOURG	2, rue de Molshelm 67071 STRASBOURG Cédex	88.37.52.99	88.37.52.97
	MOSELLE	METZ	2, rue A. Bellannier 57038 METZ Cédex	87.56.69.99	87.56.68.62
BENELUX	MEURTHE-ET-MOSELLE	NANCY	102, av. du Général Leclerc - CO 30 54035 NANCY Cédex	83.92.44.00	83.92.44.13
	MEUSE	BAR-LE-DUC	Quartier Moncey 55012 BAR LE DUC Cédex	29.79.68.69	29.79.54.91
	ARDENNES	CHARLEVILLE-MEZIERES	BP 855 - 198, av. Charles-De-Gaulle 08011 CHARLEVILLE-MEZIERES Cédex	24.56.67.00	24.56.06.76
	AISNE	LAON	30, av. Charles-de-Gaulle 02011 LAON Cédex	23.22.53.53	23.23.27.19
	NORD	LILLE	BP 187 - 201, bd de Mons 59018 LILLE Cédex	20.43.56.56	27.22.55.06

[3] GD : Gendarmerie der Departements
[4] COG : Einsatzzentrale der Gendarmerie

Für den Informationsaustausch nach Art. 7 SDÜ zuständige Stellen

für das Königreich Belgien

Ministère de l'Intérieur
Office des étrangers
Service Inspection Frontières
North Gate II
Boulevard E. JACQMAIN, 152
1210 BRUXELLES
Tél : (32) 2/205.56.34
Fax : (32) 2/205.56.32

für die Bundesrepublik Deutschland

Grenzschutzdirektion
Roonstraße 13
56068 Koblenz
Tel.: (49) 0261/399-0
Fax: (49) 0261/399 472 oder 399 475

für die Griechische Republik

Ministerium für Öffentliche Ordnung
Direktion für staatliche Sicherheit
Odos P. Kanellopoulou 4
10177 Athen
Tel.: (30) 1 - 69.15.544
Fax: (30) 1 - 69.21.675

für das Königreich Spanien

Dirección General de la Policía
Subdirección General Operativa
Comisaría General de Extranjería y Documentación
c/ General Pardiñas No. 90
28006 Madrid
Tel.: (34) 1 402.81.00
Fax: (34) 1 402.39.92

für die Französische Republik

Direction Centrale du Contrôle de l'Immigration et de la Lutte
contre l'Emploi des Clandestins (DICCILEC)
Tel.: (33) 1 49 27 41 12
(33) 1 49 27 41 28
Fax: (33) 1 42 65 15 85

./.

für die Italienische Republik

Abteilung Öffentliche Sicherheit
Zentraldirektion der Verkehrs-, Bahn-,
Grenz- und Postpolizei
Unterabteilung Grenzpolizei
Piazza Viminale, 1 - 00100 ROM
Tel.: (39) 6-466.75.367 - 466.75.228 - 466.76.471
Fax: (39) 6-486.76.877

für das Großherzogtum Luxemburg

Gendarmerie Grand-Ducale
Commandement
3-5, rue Auguste Lumière
Postfach 1202
L-1012 LUXEMBOURG
Tel.: (+352) 4997-1
Fax: (+352) 49 08 28

für das Königreich der Niederlande

Immigratie- en Naturalisatiedienst
Directiestaf, t.a.v.:
Luitenant-Kolonel J.F.C.M. Timmermans
Schedeldoeksheven 101
Postbus 20301
2500 EH DEN HAAG
Tel.: (31) 070 - 370.7911

für die Portugiesische Republik

Generaldirektion der Kriminalpolizei
Verbindungsbüro Schengen - Nationales Büro Interpol
Avenida José Malhoa, Lote 2680
P - 1000 Lissabon
Tel.: (351) 1/726.03.82
Fax: (351) 1/726.03.85 - 726.53.82

./.

SIRENE-Büros

a) für das Königreich Belgien:

Kommission SIRENE Belgien
SIRENE-N.SIS (SGAP/CPI/SIRENE-N.SIS)
13, Rue Quatre Bras
1000 Brüssel
Tel.: (32) 2 511.01.98
Fax: (32) 2 511.96.57

b) für die Bundesrepublik Deutschland:

Bundeskriminalamt
ZD 33 / SIRENE
Theeratraße 11
65173 Wiesbaden
Tel.: (0049)611/55-6511
Telefax: (0049)611/55-6531

c) für die Griechische Republik:

Ministerium für Öffentliche Ordnung
Direktion für Internationale Polizeizusammenarbeit
Rue Kanellopoulou 4
10177 Athen
Tel. (30) 1 69.27.261/(30) 1 69.29.809
Fax: (30) 1 69.24.006

d) für das Königreich Spanien:

Dirección General de la Policia
Subdirección General Operativa
Oficina SIRENE
Paseo de la Castellana número 64
28062 Madrid
Tel.: (34) 1 537 23 18
Fax: (34) 1 537 23 24

./.

e) für die Französische Republik:

Direction centrale de la police judiciaire
S.I.R.E.N.E
101, rue des Trois Fontanot
92000 Nanterre
Tel.: (33) 1 40 97 88 00
Fax: (33) 1 40 97 88 01

f) für die Italienische Republik:

Ministero dell'Interno
Direzione Centrale della Polizia Criminale
- Divisione SIRENE -
00100 Roma
Tel.: (00.39) 6.46876980
Fax: (00.39) 6.486759

g) für das Großherzogtum Luxemburg:

SIRENE-Büro
S.T.T.I. (Service de Traitement et de Transmission des informations)
3-5 Rue Marie et Pierre Curie
Postfach 1202
L-1012 Luxemburg
Tel.: (352) 4997 - 8400
Telefax: (352) 48 80 25

h) für das Königreich der Niederlande:

Korps Landelijke Politiediensten
Divisie Centrale Recherche Informatiedienst
Dienst Internationale Samenwerking
Afdeling SIRENE Nederland (ASN)
Postbus 3016
2700 KX Zoetermeer
Tel.: 31 - 79 45.
Fax: (31) 79 - 45.87.50

i) für die Portugiesische Republik:

Serviço de Estrangeiros e Fronteiras
Urbanização Santo André Lote 175
Quinta das Flores - Povoa de Santo Adrião
P 2675 Odivelas
Tel.: (351) 1 98.90.273
Fax: (351) 1 98.90.265

Groupe de travail I
"Police et sécurité"

Bruxelles, le 14 juin 1995
SCH/I (94) 17, 9ème rév.
CORRIGENDUM

NOTE DU GROUPE DE TRAVAIL I "POLICE ET SECURITE"

Mémento sur la coopération policière transfrontalière

Le 14 juin 1985, la Belgique, la France, le Luxembourg, les Pays-Bas et la République fédérale d'Allemagne ont conclu à Schengen, au Luxembourg, un Accord relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes (Accord de Schengen de 1985).

La Convention d'application de l'Accord de Schengen du 19 juin 1990 concrétise l'objectif fixé en 1985 et prévoit la suppression complète, juridiquement obligatoire, des contrôles de personnes aux frontières communes des Parties contractantes. Ces Parties contractantes sont la France, la Belgique, les Pays-Bas, le Luxembourg, l'Allemagne ainsi que l'Italie, l'Espagne, le Portugal, la Grèce et l'Autriche qui ont également adhéré à la Convention d'application de Schengen. Tous les Etats membres de l'Union européenne peuvent adhérer à la Convention d'application de Schengen

Les déficits de sécurité qui pourraient résulter de l'abolition des contrôles doivent, au sens de la Convention, être évités au moyen d'une série de mesures compensatoires. Une "coopération policière" renforcée constitue l'une des mesures compensatoires les plus importantes. Cette coopération policière prévoit en particulier:

1. l'assistance mutuelle aux fins de la prévention et de la recherche de faits punissables (article 39, paragraphes 1 à 3 de la Convention d'application),
2. l'intensification de la coopération policière dans les régions frontalières sur la base d'arrangements bilatéraux (article 39, paragraphe 4, de la Convention d'application),
3. l'observation transfrontalière (article 40 de la Convention d'application)
4. la poursuite (article 41 de la Convention d'application),
5. la communication d'informations dans des cas particuliers aux fins de la répression d'infractions futures, de la prévention d'infractions ou de la prévention de menaces pour la sécurité et l'ordre publics (article 46 de la Convention d'application),
6. l'échange d'informations en vue d'une exécution efficace des contrôles et surveillances aux frontières extérieures (article 7 de la Convention d'application),;
7. le détachement de fonctionnaires de liaison (article 47 de la Convention d'application),
8. la création et l'entretien d'un système d'information commun (article 92 et suivants de la Convention d'application).

Les indications à suivre dans le cadre de cette coopération policière figurent ci-après, étant entendu que le présent document n'a qu'une valeur indicative, sans caractère contraignant.

1. **Demandes d'assistance (article 39, paragraphes 1 à 3 de la Convention d'application)**

L'article 39 est un des articles fondamentaux de la coopération policière Schengen dans la mesure où il pose le principe d'une assistance mutuelle des forces de sécurité aux fins de prévenir et de rechercher des infractions.
L'exécution des demandes d'assistance est assortie des conditions suivantes:
- être autorisé par le droit national
- être dans les limites de compétence des services concernés
- en particulier, la demande ne doit pas relever de la compétence des autorités judiciaires
- ne pas impliquer l'application de mesures de contrainte en vue d'exécuter la demande
- s'il s'agit de données écrites, n'être utilisées en tant que preuve qu'après l'autorisation des autorités judiciaires étrangères
- transiter par l'organe central, sauf urgence

Les demandes d'assistance aux fins de la prévention et de la recherche de faits punissables sont en principe traitées et le cas échéant transmises par les autorités centrales chargées de la coopération policière transfrontalière (annexe 1).

Les organes centraux des Parties contractantes concernées doivent être avisées dans les meilleurs délais des demandes qui, comme il est permis **en cas d'urgence**, sont transmises directement aux autorités policières compétentes de la Partie contractante concernée. Une demande est considérée comme urgente si l'allongement de son délai de transmission aux services locaux, en raison du passage par l'organe central, risque d'entraîner l'échec de l'action de prévention ou de recherche.

2. **L'intensification de la coopération policière dans les régions frontalières sur la base d'arrangements bilatéraux (article 39, paragraphe 4, de la Convention d'application)**

Conformément aux dispositions de l'article 39, paragraphe 4, de la Convention d'application, la coopération dans les régions frontalières peut être réglée entre les Ministres compétents des Parties contractantes. Des arrangements en la matière sont en voie de préparation.

3. **Observation transfrontalière - art. 40**

Ces dispositions - article 40 - permettent aux services de police agissant dans les limites de leurs compétences matérielles avec l'accord de l'Etat sur le territoire duquel elle s'effectue et dans des conditions très strictement définies, de poursuivre une observation commencée dans leur pays au-delà des frontières d'un autre Etat Schengen. A cette fin, le pays requérant doit présenter au préalable une demande d'entraide judiciaire et cette demande doit être acceptée par le pays requis. S'il existe une urgence particulière, il est possible de présenter la demande juste après le franchissement de la frontière.

a) Conditions de l'observation transfrontalière.

- une enquête judiciaire préexiste
- la personne observée est présumée avoir participé à un fait punissable pouvant donner lieu à extradition
- l'Etat requis a autorisé l'observation (le cas échéant il a assorti son autorisation de conditions)

b) Conditions exclusives de l'observation transfrontalière en urgence

- Il existe une urgence particulière. C'est le cas lorsque le fait qui requiert l'observation transfrontalière est porté à la connaissance des autorités tellement tard que - même en cas de transmission immédiate de la demande à l'autorité centrale - il n'est plus possible d'exécuter la demande d'entraide judiciaire.
- La personne observée est présumée avoir commis un des faits punissables suivants:

  - assassinat
  - meurtre
  - viol
  - incendie volontaire
  - fausse monnaie
  - vol et recel aggravés
  - extorsion
  - enlèvement et prise d'otage
  - trafic d'êtres humains
  - trafic illicite de stupéfiants et de substances psychotropes
  - infraction aux dispositions légales en matière d'armes et d'explosifs
  - transport illicite de déchets toxiques et nuisibles
  - destruction par explosifs

- Le franchissement de la frontière est communiqué immédiatement à l'autorité centrale du pays requis.
- Une demande d'entraide judiciaire est présentée sans délai.
- L'observation est arrêtée
- à la demande de l'Etat requis ou
- en l'absence d'autorisation de la part de cet Etat dans les cinq heures qui suivent le franchissement de la frontière.

c) Modalités d'exécution de l'observation

- L'agent doit agir dans le respect du droit national du pays dans lequel il intervient et obtempérer aux injonctions des autorités locales compétentes.
- L'agent doit être en mesure de justifier de sa qualité officielle et être porteur de l'autorisation d'effectuer l'observation (sauf urgence).
- Sauf décision expresse contraire de l'Etat requis, l'agent peut en principe porter son arme de service; son utilisation est interdite sauf en cas de légitime défense au regard du droit national du pays requis.
- L'entrée dans les domiciles et les lieux non accessibles au public est interdite.
- Ni l'arrestation, ni l'interpellation de la personne observée n'est autorisée.
- Toute observation fait l'objet d'un rapport aux autorités du pays requis; la comparution personnelle de l'agent peut être requise.
- Les autorités du pays requis peuvent exiger le concours des agents étrangers aux suites, enquêtes et procédures judiciaires, de l'opération ainsi que la comparution personnelle de ces agents.
- Les agents observateurs doivent obtempérer aux injonctions des autorités localement compétentes de l'Etat limitrophe. Il s'agit des autorités dans le district desquelles l'observation a lieu. En règle générale, ces autorités doivent être précisées dans chaque cas avant le début de l'observation transfrontalière. En cas d'urgence, les agents observateurs devraient - comme dans le cas de la poursuite (point 4) - prendre contact, au moment du franchissement de la frontière, avec le service de police le plus proche de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'observation a lieu.

Une demande d'entraide judiciaire devrait en principe contenir les éléments figurant à l'annexe 2.

Les instances figurant à l'annexe 3 sont chargées de la transmission des demandes d'entraide judiciaire.

Les concepts d'armes de service, de légitime défense et de domicile sont définis ci-après, sous le point 4 bis.

4. Poursuite (article 41 de la Convention d'application)

Le droit de poursuite (article 41) est la possibilité pour des agents qui sont à la poursuite d'une personne de continuer cette poursuite sur le territoire d'un Etat membre avec lequel leur Etat a une frontière commune. Cette possibilité qui n'impose pas d'autorisation préalable, n'est ouverte qu'à des conditions très strictes et selon des modalités précises. Un certain nombre de ces conditions et modalités ont été précisées par chaque Etat au moyen d'une déclaration unilatérale, qui porte sur le type d'infraction pouvant donner lieu à cette procédure, sur le droit d'interpellation et sur les éventuelles limites de temps et d'espace apportées à la poursuite.

a) Conditions de l'exercice du droit de poursuite

- La poursuite est autorisée parce que la personne concernée s'est évadée ou a été prise en flagrant délit lors de la commission ou de la participation à l'une des infractions suivantes :

  - Assassinat
  - Meurtre
  - Viol
  - Incendie volontaire
  - Fausse monnaie
  - Vol et recel aggravés
  - Extorsion
  - Enlèvement et prise d'otage
  - Trafic d'êtres humains
  - Trafic illicite de stupéfiants et de substances psychotropes
  - Infractions aux dispositions légales en matière d'armes et d'explosifs
  - Destruction par explosifs
  - Transport illicite de déchets toxiques et nuisibles
  - Délit de fuite à la suite d'un accident ayant entraîné la mort ou des blessures graves

  ou [1]

  - Infractions pouvant donner lieu à extradition

- Par ailleurs, la poursuite suppose que les autorités requises n'ont pas pu, en raison de l'urgence particulière, être avisées au préalable

  ou

  - Les autorités ont été avisées mais n'ont pas pu reprendre elles-mêmes la poursuite en temps utile.
  - Lors du franchissement de la frontière au plus tard, les agents poursuivants font appel aux autorités de l'Etat requis.
  - La poursuite cesse à la première demande.

---

[1] C'est dans la déclaration relative à la poursuite faite par chaque Etat Schengen qu'est précisée l'option retenue.

b) Modalités d'exécution de la poursuite

Les dispositions suivantes s'appliquent en cas d'exécution de la poursuite; elles s'ajoutent aux conditions générales et aux dispositions concernant l'application des notions d'arme de service, de légitime défense et de domicile, mentionnées sous le chapitre de l'observation qui s'appliquent inchangées lors de l'exercice de la poursuite.

Le premier service de police de l'Etat sur le territoire duquel s'exerce la poursuite ou les services de police mentionnés à l'annexe 4 (services de liaison) doit être contacté au plus tard au moment du franchissement de la frontière.

Lorsque la **poursuite est terminée**, un **rapport** doit être fait aux autorités du pays voisin.

En outre, les dispositions suivantes sont d'application en ce qui concerne l'exécution de la poursuite:

- L'agent doit agir dans le respect du droit national du pays dans lequel il intervient et obtempère aux injonctions des autorités locales compétentes.
- La poursuite doit être arrêtée sur demande.
- La poursuite s'effectue exclusivement par les frontières terrestres.
- L'agent doit être en possession de sa carte professionnelle et être aisément identifiable (uniforme, brassard, véhicule etc.)
- L'agent peut porter son arme de service, son utilisation n'est autorisée qu'en cas de légitime défense.
- L'entrée dans les domiciles et lieux non accessibles au public est interdite.
- Toute poursuite, quelle que soit son issue, doit donner lieu à une présentation aux autorités localement compétentes ; à la demande de ces dernières l'agent reste à disposition et doit prêter son concours, s'il lui est demandé, aux suites, enquêtes et procédures judiciaires.
- Si la personne est arrêtée et si elle n'a pas la nationalité du pays où l'arrestation a été opérée, elle doit être mise en liberté six heures après l'arrestation en l'absence de demande d'arrestation provisoire aux fins d'extradition (les heures entre minuit et neuf heures ne sont pas comptées).
- En vue de leur présentation devant les autorités locales, les personnes arrêtées peuvent uniquement être soumises à une fouille de sécurité. Les menottes peuvent leur être passées et les objets qu'elles ont sur elles peuvent être saisis.

Dans certaines Parties contractantes, la poursuite est limitée dans le temps ou dans l'espace.
En outre les agents disposent du droit d'interpellation seulement dans certains Etats.
Concrètement, les dispositions suivantes sont d'application :

(1) <u>Royaume de Belgique</u>:

S'agissant de la frontière commune avec la République française:

- Les agents poursuivants ne disposent pas du droit d'interpellation (article 41, paragraphe 2, point a);
- La poursuite n'est limitée ni dans le temps ni dans l'espace (article 41, paragraphe 3, point b);
- La poursuite se limite aux personnes qui se sont évadées ou ont été prises en flagrant délit lors de la commission de l'une des infractions visées à l'article 41, paragraphe 4, point a;

S'agissant de la frontière commune avec la République fédérale d'Allemagne:

- Les agents poursuivants disposent du droit d'interpellation pendant la demi-heure qui suit le franchissement de la frontière, conformément aux dispositions de l'article 41, paragraphe 2, point b et paragraphes 5 et 6;
- La poursuite n'est limitée ni dans le temps ni dans l'espace (article 41, paragraphe 3, point b);
- La poursuite se limite à des personnes qui se sont évadées ou ont été prises en flagrant délit lors de la commission de l'une des infractions pouvant donner lieu à extradition visées à l'article 41, paragraphe 4, point b.

S'agissant de la frontière commune avec le Grand-Duché de Luxembourg et le Royaume des Pays-Bas:

- En ce qui concerne le droit d'interpellation, les agents compétents exercent la poursuite sur la voie et les terrains publics dans les limites géographiques et pour les infractions visées à l'article 27 du Traité Benelux d'extradition et d'entraide judiciaire en matière pénale du 27 juin 1962 dans la version du protocole du 11 mai 1974;

  * La poursuite n'est limitée ni dans le temps ni dans l'espace
  * Les agents poursuivants disposent d'un droit d'interpellation dans un rayon de 10 kilomètres de la frontière
  * La poursuite peut être exercée pour toutes les infractions pouvant donner lieu à l'extradition (peine maximum d'au moins 6 mois)

(2) <u>République fédérale d'Allemagne</u>:

S'agissant de la frontière commune avec le Royaume de Belgique, la République française, le Grand-Duché de Luxembourg et le Royaume des Pays-Bas:

- Les agents poursuivants exercent le droit de poursuite sans limitation dans l'espace ou dans le temps (article 41, paragraphe 3, point b), pour toutes les infractions pouvant donner lieu à extradition (article 41, paragraphe 4, point b) et en disposant du droit d'interpellation (article 41, paragraphe 2, point b);

(3) <u>République hellénique:</u>

sans objet;

(4) <u>Royaume d'Espagne</u>:

S'agissant de la frontière commune avec la République française:

- Les agents poursuivants ne peuvent pas interpeller la personne poursuivie;
- Les agents poursuivants peuvent exercer la poursuite sur le territoire espagnol dans un rayon de 10 km au maximum de la frontière;
- La poursuite se limite aux personnes qui ont commis l'une des infractions visées à l'article 41, paragraphe 4, point a de la Convention d'application.

S'agissant de la frontière commune avec la République portugaise:

- Les agents poursuivants ne peuvent pas interpeller la personne poursuivie;
- Les agents poursuivants peuvent exercer la poursuite sur le territoire espagnol dans un rayon de 50 km au maximum de la frontière ou pendant une période limitée à deux heures au maximum.
- La poursuite se limite aux personnes qui ont commis une des infractions visées à l'article 41, paragraphe 4, point a de la Convention d'application.

(5) <u>République française:</u>

S'agissant de la frontière commune avec le Royaume de Belgique et la République fédérale d'Allemagne :

- Les agents poursuivants ne disposent pas du droit d'interpellation (article 41, paragraphe 2, point a);
- La poursuite est exercée sans limitation dans l'espace ou dans le temps (article 41, paragraphe 3, point b);
- La poursuite est autorisée à la suite de la commission de l'une des infractions visées à l'article 41, paragraphe 4, point a;

S'agissant de la frontière commune avec le Royaume d'Espagne, le Grand-Duché de luxembourg et l'Italie :

- Les agents poursuivants ne disposent pas du droit d'interpellation (article 41, paragraphe 2, point a);
- La poursuite s'exerce dans un rayon de 10 km de la frontière (article 41, paragraphe 3, point a);
- la poursuite est autorisée à la suite de la commission de l'une des infractions visées à l'article 41, paragraphe 4, point a;

(6) <u>République italienne</u>:

S'agissant de la frontière commune avec la République française:

- Les agents poursuivants ne disposent pas du droit d'interpellation;
- La poursuite peut être exercée dans un rayon de 10 km (article 41, paragraphe 3, point b);
- La poursuite est autorisée à la suite de la commission de l'une des infractions visées à l'article 41, paragraphe 1, point a.

(7) <u>Grand-Duché de Luxembourg</u>:

S'agissant de la frontière commune avec le Royaume de Belgique:

- Les agents poursuivants exercent la poursuite conformément aux dispositions de l'article 27 du Traité Benelux d'extradition et d'entraide judiciaire en matière pénale du 27 juin 1962 dans la version du protocole du 11 mai 1974;

  - La poursuite n'est limitée ni dans le temps ni dans l'espace
  - Les agents poursuivants disposent d'un droit d'interpellation dans un rayon de 10 kilomètres de la frontière
  - La poursuite peut être exercée pour toutes les infractions pouvant donner lieu à l'extradition (peine maximum d'au moins 6 mois)

S'agissant de la frontière commune avec la République fédérale d'Allemagne:

- Les agents poursuivants disposent du droit d'interpellation conformément aux dispositions de l'article 41, paragraphe 2, point b et paragraphes 5 et 6;

- La poursuite s'exerce dans un rayon de 10 km de la frontière; elle se limite aux personnes qui se sont évadées ou ont été prises en flagrant délit lors de la commission de l'une des infractions visées à l'article 41, paragraphe 4, point a;

S'agissant de la frontière commune avec la République française:

- Les agents poursuivants ne disposent pas du droit d'interpellation;
- La poursuite s'exerce dans un rayon de 10 km de la frontière;
- La poursuite se limite à des personnes qui se sont évadées ou qui ont été prises en flagrant délit lors de la commission de l'une des infractions visées à l'article 41, paragraphe 4, point a.

(8) Royaume des Pays-Bas:

S'agissant de la frontière commune avec le Royaume de Belgique:

- En ce qui concerne le droit d'interpellation, les agents compétents exercent la poursuite sur la voie et les terrains publics dans les limites géographiques et pour les infractions visées à l'article 27 du Traité Benelux d'extradition et d'entraide judiciaire en matière pénale du 27 juin 1962 dans la version du protocole du 11 mai 1974;

  * La poursuite n'est limitée ni dans le temps ni dans l'espace
  * Les agents poursuivants disposent d'un droit d'interpellation dans un rayon de 10 kilomètres de la frontière
  * La poursuite peut être exercée pour toutes les infractions pouvant donner lieu à l'extradition (peine maximum d'au moins 6 mois)

S'agissant de la frontière commune avec la République fédérale d'Allemagne:

- Les agents poursuivants exercent la poursuite dans un rayon de 10 km de la frontière;

- A l'intérieur de cette zone, l'interpellation est autorisée sur la voie et les terrains publics pour autant que la personne poursuivie soit soupçonnée d'avoir commis une infraction pouvant donner lieu à extradition aux termes de l'article 2, paragraphe 1, de la Convention européenne d'extradition du 13 septembre 1957 ou pour autant qu'elle ait été condamnée pour la commission d'une telle infraction;

- Les dispositions ci-dessus n'affectent pas la possibilité de donner une autre définition du territoire sur lequel la poursuite est autorisée, qui tienne compte des particularités locales, conformément aux dispositions supplémentaires prévues par l'article 41, paragraphe 10.

(9) République portugaise:

S'agissant de la frontière commune avec le Royaume d'Espagne:

- Les agents poursuivants ne disposent pas du droit d'interpellation;
- La poursuite s'exerce dans un rayon de 50 km de la frontière (ou pendant deux heures);
- La poursuite est autorisée en cas de commission de l'une des infractions visées à l'article 41, paragraphe 4, point a.

4bis. Concepts communs en matière d'observation et de poursuite

Sont considérées comme armes de service:

Au Royaume de Belgique:

L'armement réglementaire consiste en une arme de poing, une matraque et un spray lacrymogène.

En République fédérale d'Allemagne

Toute arme relevant d'une catégorie utilisée par les forces de police et mise à la disposition des fonctionnaires par leurs supérieurs hiérarchiques. La matraque, le pistolet, le revolver et le pistolet mitrailleur sont considérés comme armes de service dans tous les Länder

En République hellénique:

Toute arme appartenant au service compétent de l'Etat et fournie par celui-ci à ses agents pour l'exercice de leurs fonctions.

Au Royaume d'Espagne:

Il s'agit d'une arme à feu portable, courte ou longue, de quelque calibre ou modèle que ce soit, que le personnel des Forces et Corps de Sécurité de l'Etat doit porter pendant le service, conformément à la législation en vigueur, et qui porte un écusson, un poinçon, un numéro, ou tout autre signe permettant de l'identifier comme une arme dont les agents sont dotés de manière réglementaire.
L'Espagne applique le principe de la réciprocité lorsqu'elle autorise le port de certaines armes sur le territoire espagnol, dans le cadre des opérations de poursuite ou d'observation transfrontalière effectuées par les membres des Forces de Sécurité des pays Schengen.

En République française:

L'équipement individuel des policiers français se compose de:
- une arme à feu de poing
- une bombe lacrymogène
- une matraque
- des menottes

Lorsqu'ils agiront dans le cadre d'une opération d'observation, les agents des autres Parties contractantes ne pourront détenir d'autres catégories d'armes que celles énoncées ci-dessus.

En République italienne:

L'arme de service désigne l'arme personnelle, délivrée à chaque agent pour toute la durée de son service auprès du Corps de police et consistant en un pistolet semi-automatique. Au sens de la présente Convention, les menottes sont également à considérer comme armes de service. De même, sont considérées comme armes de service, en fonction du type de service fourni, les armes individuelles suivantes: les matraques, armes blanches, dispositifs lumineux, gaz "lacrymogènes", fusils ou carabines, pistolets ou fusils mitrailleurs ainsi que les revolvers.
Par conséquent, dans l'exercice de leur service ordinaire, l'équipement des opérateurs de la police italienne se compose normalement d'un pistolet semi-automatique et de menottes.

Au Grand-Duché de Luxembourg:

Armes blanches ou armes à feu, individuelles ou collectives dont sont régulièrement dotés les agents de Gendarmerie et de Police.

Au Royaume des Pays-Bas:

Dans l'exercice de ses fonctions chaque agent de police néerlandais est muni d'une matraque ainsi que d'un pistolet semi-automatique. Les agents de police néerlandais chargés d'effectuer une observation sont également munis de ces armes. De même, pour les agents de police d'un autre Etat Schengen qui opèrent sur le territoire des Pays-Bas, seule la matraque et le pistolet semi-automatique ou le revolver sont considérés comme des armes de service au sens de la convention d'application. Le port d'une autre arme de service que le pistolet ou la matraque - dans la mesure où cette autre arme fait partie de l'équipement de l'agent de police de l'Etat partenaire - n'est autorisé qu'en cas de poursuite transfrontalière effectuée, en raison de l'urgence, sans autorisation préalable.

En République portugaise:

Toute arme qui réunit les conditions minimales de sécurité pour la défense des agents qui effectuent les observations: pistolets de maximum 9 mm de calibre et revolvers de n'importe quel calibre dont la longueur du canon n'excède pas 10 cm ou 4 pouces.

La signification de la légitime défense est la suivante:

S'agissant de la notion de légitime défense, chaque Etat Schengen connaît une vaste jurisprudence avec beaucoup de nuances, notamment en ce qui concerne l'application de la notion de légitime défense en relation avec l'autorisation d'utiliser l'arme de service, comme dans le cadre des dispositions de la Convention de Schengen. Dans tous les cas, les trois conditions suivantes doivent au moins être réunies:

- L'existence d'une atteinte illégitime et actuelle contre l'intégrité physique, l'honneur ou les biens de l'agent ou d'un tiers, étant étendue comme illégitime ou illégale l'atteinte à un droit de la victime ou d'un tiers qui n'est imposée ni autorisée par une règle;

- la proportionnalité et le caractère raisonnablement nécessaire du moyen utilisé pour prévenir ou repousser l'agression;

- le fait que la situation de danger n'ait pas été voulue ni provoquée par la personne agressée et que la riposte de cette dernière ne puisse être évitée.

Le terme "domicile" a la signification suivante:

Au Royaume de Belgique:

L'inviolabilité du domicile est garantie par l'article 10 de la Constitution et sanctionnée par l'article 148 du Code pénal. La notion n'est pas légalement définie, mais doit être comprise comme habitation et de manière plus générale comme tout "lieu non ouvert au public".

En République fédérale d'Allemagne:

En droit national, le concept de "domicile" est interprété en relation avec l'expression "lieu non accessible au public". La loi allemande interdit de pénétrer, contre la volonté des personnes intéressées, dans tous les lieux dont la fonction principale est de servir de logement à des personnes, dans les locaux commerciaux, et sur le terrain qui clôture ces lieux ou ces locaux.

En République hellénique

Le domicile est le lieu d'établissement principal et permanent d'une personne. Les critères de détermination du domicile sont les suivants:

1) le caractère exclusif de l'établissement;
2) le caractère permanent de l'établissement d'une personne physique en un lieu donné.

Au Royaume d'Espagne:

Tout espace fermé que son habitant, à l'exclusion d'autres personnes, destine à l'exercice effectif d'une activité humaine.

En République française:

Tout lieu où une personne physique ou morale demeure à titre permanent ou temporaire ainsi que les dépendances de ce lieu.

En République italienne:

Pour la législation et la jurisprudence italiennes, l'inviolabilité du domicile concerne l'habitation et le lieu de séjour à caractère privé, même temporaire, tels que les roulottes, tentes, chambres d'hôtel, cabines de bateaux ou compartiments de trains-couchettes et s'étend au lieu dans lequel se déroule l'activité professionnelle de l'intéressé, à l'exclusion de tiers, tels que le bureau privé et autres lieux fermés au public durant l'activité professionnelle. La jurisprudence est toutefois moins claire en ce qui concerne les établissements industriels.

Au Grand-Duché de Luxembourg:

Pour les opérations transfrontalières, la notion de domicile doit être interprétée comme étant tout lieu (immeuble ou dépendance) non accessible au public.

Au Royaume des Pays-Bas:

Pour les opérations transfrontalières, la notion de domicile doit être interprétée comme étant tout lieu (immeuble ou dépendance) non accessible au public.

En République portugaise:

Le domicile d'une personne est, au sens de la procédure pénale et de la Constitution, sa résidence, ou un local meuble ou immeuble qu'elle occupe régulièrement ou occasionnellement dans le but d'y mener une vie privée, seule ou avec d'autres personnes.

Le domicile ne désigne dès lors pas le domicile professionnel et moins encore le siège social des personnes morales, mais il comprend les tentes, roulottes et chambres d'hôtel et de pension.

5. **Communication d'informations dans des cas particuliers (article 46 de la Convention d'application)**

La **communication, sans y être invité et dans des cas particuliers**, d'informations qui peuvent être importantes pour un Etat aux fins de la répression d'infractions futures, de la prévention d'infractions ou de la prévention de menaces pour la sécurité et l'ordre publics, s'effectue par l'intermédiaire des autorités centrales (annexe 1) du pays même et de celles de l'Etat désignées pour l'échange d'informations.

Lorsque dans des cas particulièrement urgents, l'échange d'informations s'effectue directement entre les autorités policières concernées, les autorités centrales du pays même doivent en être informées dans les meilleurs délais.

6. **Echange d'informations en vue d'une exécution efficace des contrôles et surveillances aux frontières extérieures (article 7 de la Convention d'application)**

L'article 7 de la Convention d'application prévoit que les Parties contractantes se prêteront assistance et assureront une coopération étroite et permanente en vue d'une exécution efficace des contrôles et surveillances aux frontières extérieures. Elles procéderont notamment à un échange de toutes les informations pertinentes et importantes - par exemple sur les flux migratoires - à l'exclusion des données nominatives à caractère individuel, leur permettant d'adapter les contrôles aux frontières extérieures. Cet échange d'informations a lieu par le biais des instances mentionnées à l'annexe 5.

7. **Fonctionnaires de liaison (article 7, 47 et 125 de la Convention d'application)**

Des **fonctionnaires de liaison** peuvent être détachés auprès de services de police d'un Etat dans le but de promouvoir et d'accélérer la coopération entre les Parties contractantes.

La possibilité de procéder à un échange de fonctionnaires de liaison est prévue:

- dans le cadre de la surveillance aux frontières extérieures afin de permettre tant l'échange d'information que de travailler à l'harmonisation des contrôles et de participer à l'organisation de formations communes (article 7)

- dans le cadre d'une mission générale d'avis et d'assistance afin de développer la coopération policière quelle que soit la matière (article 47).

- dans le cadre de la coopération en matière douanière (article 125)

Cet échange prend la forme d'accords bilatéraux et permet de faciliter des échanges d'informations et l'exécution des demandes d'entraide policière et judiciaire.

Les Parties contractantes doivent par ailleurs s'informer du détachement de fonctionnaires de liaison dans des pays tiers et peuvent convenir qu'un fonctionnaire de liaison représentera non seulement les intérêts de son pays d'origine mais aussi d'une ou plusieurs autres Parties contractantes.

Les fonctionnaires de liaison remplissent une mission d'assistance dans le cadre des conventions et des instruments en matière de coopération judiciaire et policière internationale existant au niveau européen et notamment au sein de l'Union européenne et du Conseil de l'Europe et dans le cadre d'accords bilatéraux.

8. Création et entretien d'un système d'information commun (article 92 et suivants de la Convention d'application)

I. Le système d'information Schengen (SIS) est un système informatique commun pour la recherche

- de personnes,
- d'objets,
  - de véhicules,
  - d'armes,
  - de billets de banque et
  - de documents.

Ce système offre la possibilité d'échanger, par voie informatique, les informations essentielles sur des personnes et des objets signalés (p. ex. motif du signalement et conduites à tenir).

Le SIS se compose

- du système d'information central (C.SIS) situé à Strasbourg et
- des systèmes d'information nationaux (N.SIS) des Parties contractantes reliés au C.SIS et permettant aux services nationaux compétents de consulter les informations intégrées dans le C.SIS.

II. Chaque Partie contractante dispose d'un bureau SIRENE (Supplément d'information requis à l'entrée nationale) pour l'échange d'informations supplémentaires (annexe 6).

Les bureaux SIRENE sont les intermédiaires par lesquels transitent les informations qui dépassent le cadre de la communication entre le C.SIS et les N.SIS et qui sont nécessaires aux services de police pour toutes les questions ayant trait au SIS. A cet égard, les informations les plus importantes sont les signalements de personnes recherchées. Cet échange d'informations s'effectue par téléphone, télécopieur et par un système de messagerie électronique.

Ce système permet aux bureaux SIRENE d'échanger des informations afin de s'assurer que le motif du signalement et la conduite à tenir demandée sont autorisés également au regard de leur droit national respectif, ce qui ne ressort pas des informations succinctes du SIS même, ou afin de permettre, en cas de réponse positive, d'établir de manière univoque l'identité de l'intéressé.

Les autorités centrales visées à l'article 39, paragraphes 1 à 3 de la Convention d'application sont les s antes :

Pour le Royaume de Belgique:

Service général d'Appui Policier - Coopération policière internationale
Soutien Coopération Européenne (SGAP/CPI/SCE)
13, Rue Quatre Bras
1000 Bruxelles
Tél.: (32) 2 511.88.30 - 508.71.85
Fax: (32) 2 508.71.87

Pour la République fédérale d'Allemagne:

Bundeskriminalamt (Interpol Wiesbaden)
Thaerstraße 11
65193 Wiesbaden
Tél.: 00 49/611/55-1
Fax: 00 49/611/55-2141

Pour la République hellénique:

Ministère de l'Ordre public
Direction de la coopération policière internationale
Rue Kanellopoulou 4
10177 Athènes
Tél. (30) 1 69.27.261/(30) 1 69.29.809
Fax: (30) 1 69.24.006

Pour le Royaume d'Espagne:

Dirección General de la Policia
Subdireción General Operativa
Oficina SIRENE
Paseo de la Castellana número 64
28062 Madrid
Tél.: (34) 1 537-23-18
Fax: (34) 1 537-23-24

Pour la République française:

Direction centrale de la police judiciaire
DRI / Coopération Policière SCHENGEN
101, rue des Trois Fontanot
92000 Nanterre
Tél.: (33) 1 40 97 88 11
Fax: (33) 1 40 97 88 11 / (33) 1 40 97 88 01

Pour la République italienne:

Ministero dell'Interno
Direzione Centrale della Polizia Criminale
- Divisione Sirene -
00100 Roma
Tél.: (39) 6 46676980
Fax: (39) 6 486759

Pour le Grand-Duché de Luxembourg:

S.T.T.I. (Service de Traitement et de Transmission des Informations)
3-5 Rue Marie et Pierre Curie
BP 1202
L-1012 Luxembourg
Tél.: (352) 4997 - 8300
Fax: 48 80 25

Pour le Royaume des Pays-Bas:

Landelijk Officier van Justitie voor grenzoverschrijdende observatie
Centrale Recherche Informatiedienst
Landelijk Coordinatiepunt Grensoverschrijdende Observatie
Europaweg 45
NL-2711 Zoetermeer
Tél.: (31) 079 - 45.92.24/45.9216/45.92.36
Fax: (31) 079 - 45.87.50

Pour la République portugaise:

Direction générale de la police judiciaire
Bureau de liaison Schengen - Bureau national Interpol
Avenida José Malhoa, Lote 2680
P - 1000 Lisbonne
Tél.: (351) 01/726.03.82
Fax: (351) 01/726.03.85 - 726.53.82

Indications que doit contenir une demande d'entraide judiciaire en vue de la préparation d'une observation transfrontalière.

1. Etat requérant

2. Autorité requérante

   Tribunal/Ministère public
   Personne responsable
   Localité
   Rue
   Téléphone
   Fax

3. Service qui effectue l'observation

   Service de police
   Localité
   Rue
   Téléphone
   Fax

4. Chef des opérations

   Numéro de matricule personnel
   Téléphone (préfixe)
   Fax (le cas échéant, numéro direct)

5. Personne(s) à observer

a) Suspect
Nom, Prénom — le cas échéant, photographie
Sexe
Date et lieu de naissance
Nationalité
Domicile/Lieu de séjour
Caractéristiques particulières
.....

Indications sur le caractère dangereux de l'intéressé
.....
.....

b) Autres personnes concernées par l'observation
Nom, Prénom — le cas échéant, photographie
Sexe
Date et lieu de naissance
Nationalité
Domicile/Lieu de séjour

Caractéristiques particulières
.....

Indications sur le caractère dangereux des intéressés
.....
.....

6. Description des faits
.....
.....

7. Qualification légale conformément à l'article 40 paragraphe 7
   Enumération de l'article 40 paragraphe 7
   assassinat
   meurtre
   viol
   incendie volontaire
   fausse monnaie
   vol et recel aggravés
   extorsion
   enlèvement et prise d'otage
   trafic d'êtres humains
   trafic illicite de stupéfiants et substances psychotropes
   infractions aux dispositions légales en matière d'armes et explosifs
   destruction par explosifs
   transport illicite de déchets toxiques et nuisibles
   autre fait punissable susceptible d'extradition: .....

8. But de l'observation

   .....
   .....

9. Lieu probable du franchissement de la frontière (frontière terrestre, aérienne ou maritime)

   .....
   .....

   Le cas échéant, indications sur le vol, la traversée ou le déplacement
   .....
   .....

10. Moment probable du franchissement de la frontière

   Date, heure .....

11. Autres lieux d'observation

   .....
   .....
   .....

12.Durée probable de l'observation

.....
.....

13.Nombre d'agents à affecter à l'observation

.....
.....

14.Nombre et numéros d'immatriculation des véhicules à utiliser

.....
.....
.....
.....

15.Indications relatives aux moyens de communication

.....
.....
.....
.....

16.Activités d'assistance demandées

.....
.....
.....

17. Armement emporté

.....
.....
.....

Instances compétentes pour la transmission de demandes d'entraides judiciaires en vue de la préparation d'une observation transfrontalière :

Pour le Royaume de Belgique:

Service général d'Appui Policier - Coopération policière internationale
Soutien Coopération Européenne (SGAP/CPI/SCE)
13, Rue Quatre Bras
1000 Bruxelles
Tél.: (32) 2 511.88.30 - 508.71.85
Fax: (32) 2 508.71.87

Pour la République fédérale d'Allemagne:

Bundeskriminalamt
Thaerstraße 11
65193 Wiesbaden
Tél.: 0049/611/55-3101
Fax: 0049/611/55-2141

Pour la République hellénique:

Le Ministère de l'Ordre public
Direction de la coopération policière internationale
Rue Kanellopoulou 4
10177 Athènes
Tél. (30) 1 69.27.261/(30) 1 69.29.809
Fax: (30) 1 69.24.006

Pour le Royaume d'Espagne:

Dirección General de la Policia
Subdireción General Operativa
Oficina SIRENE
Paseo de la Castellana número 64
28062 Madrid
Tél.: (34) 1 537-23-18
Fax: (34) 1 537-23-24

Pour la République française:

Direction centrale de la police judiciaire
DRI / Coopération Policière SCHENGEN
101, rue des Trois Fontanot
92000 Nanterre
Tél.: (33) 1 40 97 88 11
Fax: (33) 1 40 97 88 11 / (33) 1 40 97 88 01

Pour la République italienne:

Ministero dell'Interno
Direzione Centrale della Polizia Criminale
- Divisione Sirene -
00100 Roma
Tél.: (39) 6 46676980
Fax: (39) 6 486759

Pour le Grand-Duché de Luxembourg:

Service de Traitement et de Transmission des Informations (STTI)
3-5, rue Marie et Pierre Curie
B.P. 1202
L- 1012 LUXEMBOURG
Tél.: (352) 4997-8300
Fax : (352) 48 80 25

Pour le Royaume des Pays-Bas:

Landelijk Officier van Justitie voor grenzoverschrijdende observatie
Centrale Recherche Informatiedienst
Landelijk Coordinatiepunt Grensoverschrijdende Observatie
Europaweg 45
NL-2711 Zoetermeer
Tél.: (31) 079 - 45.92.24/45.9216/45.92.36
Fax: (31) 079 - 45.87.50

Pour la République portugaise:

Direction générale de la Police judiciaire
Bureau de liaison Schengen - Bureau national Interpol
Avenida José Malhoa, Lote 2680
P - 1000 Lisbonne
Tél.: (351) 01/726.03.82
Fax: (351) 01/726.03.85 - 726.53.82

Instances (services de liaison) du territoire sur lequel s'exerce la poursuite à contacter lors du franchissement de la frontière:

Royaume de Belgique:

Anvers : Korte Vlierstraat, 6-8
Tel : (32) 3/224 12 11
Fax : (32) 3/226 47 72

Arlon : Rue de Neufchâteau, 132
Tel : (32) 63/22 42 11
Fax : (32) 63/21 43 94

Courtrai : Graaf Boudewijn I laan, 1
Tel : (32) 56/21 32 23
Fax : (32) 56/22 20 17

Dinant : Quai J.B. Carlot, 24
Tel : (32) 82/22 52 91
Fax : (32) 82/22 45 51

Eupen : Rue de Herbesta, 12
Tel : (32) 87/55 37 47
Fax : (32) 87/55 64 79

Gand : Savaanstraat, 76
Tel : (32) 9/223 99 23
Fax : (32) 9/223 71 97

Maaseik : Maastrichtersteenweg, 21
Tel : (32) 89/56 49 11
Fax : (32) 89/56 38 30

Mons : Rue du Rossignol, 1
Tel : (32) 65/37 62 77
Fax : (32) 65/33 52 62

Ostende : E. Beernartstraat, 90
Tel : (32) 59/50 88 70
Fax : (32) 59/51 01 34

Tongeren : Maastrichtersteenweg, 99
Tel : (32) 12/23 29 81
Fax : (32) 12/23 83 21

Turnhout : Noord-Brabantlaan, 70
Tel : (32) 14/41 69 96
Fax : (32) 14/42 89 49

République fédérale d'Allemagne[2]

a) Basse-Saxe:

Polizeiinspektion Emsland
Brockhauser Weg 21
49809 Lingen
Tél.: (0049) 591 / 87 - 1
Fax: (0049) 591 / 87 - 250

b) Rhénanie-du-Nord-Westphalie:

Oberkreisdirektor Borken
- Polizeistation und Kriminalkommissariat -
Burloer Straße 91
46325 Borken
Tél.: (0049) 2861 / 801 - 0 o. 370
Fax: (0049) 2861 / 801 - 209

Oberkreisdirektor Kleve
Kanalstraße 7
47533 Kleve
Tél.: (0049) 2821 / 504 - 0 o. 223
Fax: (0049) 504 - 264

Oberkreisdirektor Viersen
Lindenstraße 50
41747 Viersen
Tél.: (0049) 2162 / 377 - 0 o. 160
Fax: (0049) 2162 / 377 - 170

---

[2] Sous réserve de la concluson d'arrangements bilatéraux visés à l'article 39, paragraphe 4, en préparation avec la participation des Länder concernés.

Oberkreisdirektor Heinsberg
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg
Tel.: (0049) 2452 / 13 - 0
Fax: (0049) 2452 / 13 - 501

Polizeipräsident Aachen
Hubert-Wienen-Straße 25
52070 Aachen
Tél.: (0049) 241 / 189 - 1 o. 2555
Fax: (0049) 241 / 189 - 2353

c) Rhénanie-Palatinat:

Polizeipräsidium Trier
Südallee 3
54290 Trier
Tél.: (0049) 651 / 713 - 1
Fax: (0049) 651 / 713 - 376

Polizeipräsidium Rheinpfalz
Wittlesbachstraße 3
67061 Ludwigshafen
Tél.: (0049) 621 / 5613 - 0
Fax: (0049) 612 / 5613 - 444

Polizeipräsididum Westpfalz
Logenstraße 5
67655 Kaiserslautern
Tél.: (0049) 369 - 0
Fax: (0049) 369 - 1290

d) Sarre:

Polizeidirektion West
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Tél.: (0049) 68 31 / 9 01 - 0

Polizeidirektion Mitte
Mainzer Straße 136
56121 Saarbrücken
Tél.: (0049) 681 / 9 62 - 0

Polizeidirektion Ost
Falkenstraße 11
66538 Neunkirchen
Tél.: (0049) 68 21 / 2 03 - 0

e) Bade-Wurtemberg

Landespolizeidirektion Karlsruhe
Durlacher Allee 31 -33
76131 Karlsruhe
Tél.: (0049) 721 / 666 - 0

Landespolizeidirektion Freiburg
Bissierstraße 1
79114 Freiburg
Tél.: (0049) 761 / 882 - 1

République hellénique: Sans objet

Royaume d'Espagne:

PAYS BASQUE:
Comisaria Provincial de San Sebastian
c/ Jose Maria Salaverria s/n
Tél.: (34) 43/24 22 22
Fax: (34) 43/45 78 55

NAVARRE:
Jefatura Superior de Policía de Pamplona
c/ General Chinchilla n° 3
Tél.: (34) 48/22 40 03-08 ext. 232
Fax: (34) 48/22 33 26

ARAGON:
Comisaria Provincial de Huesca
c/ Ricardo Arco n° 7
Tél.: (34) 74/24 54 00
Fax: (34) 74/24 33 20

CATALOGNE:
.Lerida
Comisaria Provincial de Lerida
c/ Paseo de la Ronda n° 54
Tél.: (34) 73/26 47 99
Fax: (34) 73/27 06 34

.Gérone
Comisaria Provincial de Gerona
c/ Sant Pau n° 2
Tél.: (34) 72/22 00 25
Fax: (34) 72/20 11 49

-GALICIA

*Comisaría Provincial de Pontevedra:
c/ Joaquín Costa, 17
N° de téléphone: +34/86.85.38.00
N° de télécopie: +34/86.86.51.66

*Comisaría Provincial de Orense:
c/ Polígono de las Lagunas
N° de téléphone: +34/88.24.13.13
N° de télécopie: +34/88.22.10.52

-CASTILLA Y LEON

*Comisaría Provincial de Zamora:
c/ San Atilano, 3
N° de téléphone: +34/80.53.04.62
N° de télécopie: +34/80.51.78.83

*Comisaría Provincial de Salamanca:
c/ Ronda Sancti Spíritu, 8/12
N° de téléphone: +34/23.26.53.11
N° de télécopie: +34/23.21.60.07

-EXTREMADURA

*Comisaría Provincial de Cáceres:
c/ Diego Mª Crehuet, 6
N° de téléphone: +34/27.21.72.00
N° de télécopie: +34/27.22.75.08

*Comisaría Provincial de Badajoz:
Avda. del Cuerpo Nacional de Policia, s/n
N° de téléphone: +34/24.23.02.53
N° de télécopie: +34/24.23.24.95

-ANDALUCIA

*Comisaría Provincial de Huelva:
Avda. de Italia, s/n
N° de téléphone: +34/59.24.84.22
N° de télécopie: +34/59.24.49.42

République française:

POLICE NATIONALE

FRONTIERES INTERIEURES	DEPARTEMENT	COMMISSARIAT CENTRAL	TELEPHONE	FAX
Belgique	02 AISNE	LAON	23.79.23.82	23.79.07.55
Belgique	08 ARDENNES	CHARLEVILLE MEZIERES	24.33.34.56	24.59.19.14
Belgique	55 MEUSE	BAR LE DUC	29.79.00.17	29.77.11.33
Belgique	59 NORD	LILLE	20.30.55.06	20.54.83.07
Belgique-Luxembourg	54 MEURTHE ET MOSELLE	NANCY	83.17.27.37	83.37.93.42
Luxembourg-Allemagne	57 MOSELLE	METZ	87.37.91.11	87.30.43.04
Allemagne	67 BAS RHIN	STRASBOURG	88.32.99.08	88.23.28.21
Allemange	68 HAUT RHIN	MULHOUSE	89.60.82.00	89.42.65.66
Espagne	09 ARIEGE	FOIX	61.65.52.55	61.65.33.67
Espagne	31 HAUTE GARONNE	TOULOUSE	61.12.77.77	61.12.77.43
Espagne	64 PYRENEES ATLANTIQUES	PAU	59.98.22.22	59.27.70.78
Espagne	65 HAUTES PYRENEES	TARBES	62.44.31.31	62.44.11.46
Espagne	66 PYRENEES ORIENTALES	PERPIGNAN	68.35.70.00	68.35.31.59

GENDARMERIE NATIONALE

FRONTIERES INTERIEURES	DEPARTEMENT CONCERNE	GROUPEMENT DE GD CONCERNE[3]	ADRESSE DU GROUPEMENT	N° TPH DU COG[4]	N° TELECOPIE
ESPAGNE	PYRENEES ORIENTALES	PERPGNAN	25; av Guynemer 66940 PERPIGNAN Cédex	68.66.44.00	68.50.43.60
	ABRIEGE	FOIX	2, Allée de Villote - BP 80 09008 FOIX Cédex	61.02.17.00	61.02.17.99
	HAUTE-GARONNE	TOULOUSE-SAINT MICHEL	12, Place Lafourcade 31055 TOULOUSE Cédex	61.17.50.50	61.55.43.85
	HAUTE-PYRENEES	TARBES	27, rue Massey - BP 1449 65014 TARBES Cédex	62.44.55.00	62.44.55.20
	PYRENEES ATLANTIQUES	PAU	4, Cours Bérard 64079 PAY Cédex	59.82.40.30	59.02.92.81
ALLEMAGNE	HAUT-RHIN	COLMAR	56, rue de la Cavalerie - BP 529 68021 COLMAR Cédex	89.41.42.00	89.21.50.32
	BAS-RHIN	STRASBOURG	2, rue de Molshelm 67071 STRASBOURG Cédex	88.37.52.99	88.37.52.97
	MOSELLE	METZ	2, rue A. Bellannier 57038 METZ Cédex	87.56.69.99	87.56.68.62
BENELUX	MEURTHE-ET-MOSELLE	NANCY	102, av. du Général Leclerc - CO 30 54035 NANCY Cédex	83.92.44.00	83.92.44.13
	MEUSE	BAR-LE-DUC	Quartier Moncey 55012 BAR LE DUC Cédex	29.79.68.69	29.79.54.91
	ARDENNES	CHARLEVILLE-MEZIERES	BP 855 - 198, av. Charles-De-Gaulle 08011 CHARLEVILLE-MEZIERES Cédex	24.56.67.00	24.56.06.76
	AISNE	LAON	30, av. Charles-de-Gaulle 02011 LAON Cédex	23.22.53.53	23.23.27.19
	NORD	LILLE	BP 187 - 201, bd de Mons 59018 LILLE Cédex	20.43.56.56	27.22.55.06

[3] GD : Gendarmerie départementale
[4] COG : Centre opérationnel de la gendarmerie

Annexe 4

République italienne:

Questura di Aosta
Via S. Michele 1
11100 AOSTA
Tél : (39) 0165/23711
Fax : (39) 0165/32387

Questura di Torino
Corso Vinzaglio 10
10121 TORINO
Tél : (39) 011/55881
Fax : (39) 011/532551

Questura di Cuneo
Piazza Torino 3
12100 CUNEO
Tél : (39) 0171/443411
Fax : (39) 0171/692758

Questura di Imperia
Piazza Duomo 14

Tél : (39) 0183/61987
Fax : (39) 0183/68911 ext. 117

Grand-Duché de Luxembourg:

Service de Traitement et de Transmission des Informations (STTI)
3-5, rue Marie et Pierre Curie
B.P. 1202
L- 1012 LUXEMBOURG
Tél.: (352) 4997-8300
Fax : (352) 48 80 25

Royaume des Pays-Bas:

Pour le Royaume des Pays-Bas: Les Pays-Bas ne souhaitent pas que cette information soit systématiquement communiquée à un service central, mais préfèrent qu'une direction régionale de la police de la région où le franchissement de la frontière a lieu, soit informée.
C'est pourquoi les Pays-Bas ont conclu des arrangements au niveau bilatéral, avec la République fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique.
Dans les cas exceptionnels où l'on s'attend à ce que la frontière soit franchie à l'occasion d'une observation, alors que le lieu probable de ce franchissement n'est pas connu avec certitude, on peut prendre contact avec de service suivant:

Landelijk officier van Justitie voor grensoverschrijdende observatie
Divisie Centrale Recherche Informatie
Europaweg, 45 NL 2711 Zoetermeer
NEDERLAND
Tél.: (31) 79.45.92.24/16/36
Fax : (31) 79.45.87.50

République portugaise:

Direction générale de la Police judiciaire
Bureau de liaison Schengen - Bureau national Interpol
Avenida José Malhoa, Lote 2680
P - 1000 Lisbonne
Tél.: (351) 01/726.03.82
Fax: (351) 01/726.03.85 - 726.53.82

Instances compétentes pour l'échange d'informations prévu à l'article 7 de la Convention d'application.

pour le Royaume de Belgique

Ministère de l'Intérieur
Office des étrangers
Service Inspection Frontières
North Gate II
Boulevard E. JACQMAIN, 152
1210 BRUXELLES
Tél : (32) 2/205.56.34
Fax : (32) 2/205.56.32

pour la République fédérale d'Allemagne

Grenzschutzdirektion
Roonstraße 13
56068 Coblence
Tél.: (49) 0261/399-0
Fax: (49) 0261/399 472 ou 399 475

pour la République hellénique

Ministère de l'Ordre public
Direction de la sécurité publique
Odos P. Kanellopoulou 4
10177 Athènes
Tél.: (30) 1 - 69.15.544
Fax.: (30) 1 - 69.21.675

pour le Royaume d'Espagne

Dirección General de la Policia
Subdirección General Operativa
Comisaria General de Extranjeria y Documentación
c/ General Pardinas No. 90
28006 Madrid
Tél.: (34) 1 402.81.00
Fax: (34) 1 402.39.92

pour la République française

Direction Centrale du Contrôle de l'Immigration et de la Lutte
contre l'Emploi des Clandestins (DICCILEC)
Tél.: (33) 1 49 27 41 12
(33) 1 49 27 41 28
Fax: (33) 1 42 65 15 85

pour la République italienne

Division de la sécurité publique
Direction centrale de la police de la route,
des chemins de fers, des frontières et des postes
Sous-division "Police des frontières"
Piazza Viminale, 1 - 00100 ROME
Tél.: (39) 6-46675367-46675228-46676471
Fax.: (39) 6-48676877

pour le Grand-Duché de Luxembourg

Gendarmerie Grand-Ducale
Commandement
3-5, rue Auguste Lumière
B.P. 1202
L-1012 LUXEMBOURG
Tél.: (+352) 4997-1
Fax : (+352) 49 08 28

pour le Royaume des Pays-Bas

Immigratie- en Naturalisatiedienst
Directiestaf, t.a.v.:
Luitenant-Kolonel J.F.C.M. Timmermans
Schedeldoekshaven 101
Postbus 20301
2500 EH La Haye
Tél.: (31) 070 - 370.7911

pour la République portugaise

Direction générale de la Police judiciaire
Bureau de liaison Schengen - Bureau national Interpol
Avenida José Malhoa, Lote 2680
P - 1000 Lisbonne
Tél.: (351) 01/726.03.82
Fax: (351) 01/726.03.85 - 726.53.82

Bureaux SIRENE

a) Pour le Royaume de Belgique:

Service Général d'Appui Policier - Coopération policière internationale
SIRENE-N.SIS (SGAP/CPI/SIRENE-N.SIS)
13, Rue Quatre Bras
1000 Bruxelles
Tél.: (32) 2 511.01.98
Fax : (32) 2 511.96.57

b) Pour la République fédérale d'Allemagne:

Bundeskriminalamt
ZD 33/SIRENE
Thaerstraße 11
65193 Wiesbaden
Tél.: 0049/611/55-6511
Fax: 0049/611/55-6531

c) Pour la République hellénique:

Ministère de l'Ordre public
Direction de la coopération policière internationale
Rue Kanellopoulou 4
10177 Athènes
Tél. (30) 1 69.27.261/(30) 1 69.29.809
Fax: (30) 1 69.24.006

d) Pour le Royaume d'Espagne:

Dirección General de la Policia
Subdireción General Operativa
Oficina SIRENE
Paseo de la Castellana número 64
28062 Madrid
Tél.: (34) 1 537-23-18
Fax: (34) 1 537-23-24

e) Pour la République française:

Direction centrale de la police judiciaire
S.I.R.E.N.E
101, rue des Trois Fontanot
92000 Nanterre
Tél.: (33) 1 40 97 88 00
Fax : (33) 1 40 97 88 01

f) Pour la République italienne:

Ministero dell'Interno
Direzione Centrale della Polizia Criminale
- Divisione Sirene -
00100 Roma
Tél.: (39) 6 46676980
Fax: (39) 6 486759

g) Pour le Grand-Duché de Luxembourg:

Bureau S.I.R.E.N.E
Service de Traitement et de Transmission des Informations (STTI)
3-5, rue Marie et Pierre Curie
B.P. 1202
L- 1012 LUXEMBOURG
Tél.: (352) 4997-8400
Fax.: (352) 48 80 25

h) Pour le Royaume des Pays-Bas:

Korps Landelijke Politiediensten
Divisie Centrale Recherche Informatiedienst
Dienst Internationale Samenwerking
Afdeling SIRENE Nederland (ASN)
Postbus 3016
2700 KX Zoetermeer
Tél.: 31 - 79 45.
Fax: (31) 079 - 45.87.50

i) Pour la République portugaise:

Serviço de Estrangeiros e Fronteiras
Urbanização Santo André Lote 175
Quinta das Flores - Povoa de Santo Adrião
2675 Odivelas
Tél.: (351) 1 9890273
Fax: (351) 1 9890265